

EU-2-SCREENING

Befragung von Zugewanderten aus Bulgarien und Rumänien
im Landkreis Oldenburg zu ihrer Lebens- und Arbeitssituation

Zeitraum: 10/2020 bis 12/2021

Kontakt:

Landkreis Oldenburg - Ute Frankenfeld - Integrationsbeauftragte / Koordinierungsstelle Migration und
Teilhabe - Tel.: 04431.85-659 - E-Mail: ute.frankenfeld@oldenburg-kreis.de

EU-2-Screening

Befragung von Zugewanderten aus Bulgarien und Rumänien im Landkreis Oldenburg
Zeitraum: 10/2020 bis 12/2021

Inhaltsverzeichnis

Band I:

Einleitung

1	Entwicklung der Befragung	1
1.1	Hintergrund und Zielstellung	1
1.2	Konzeption und Design	2
1.3	Umsetzung und Anpassungen	4
2	Diskussion der Teilnehmezahlen	7
3	Auswertung	10
3.1	Herkunft, Geschlecht und Alter	10
3.2	Bezug von Transferleistungen	12
3.3	Familie und Bleibeabsicht	13
3.3.1	Informationen über das Zielland	17
3.4	Arbeit	18
3.4.1	Arbeitgeber und berufliche Tätigkeit	19
3.5	Wohnung	22
3.6	Bildung, Sprache, Kontaktwunsch	26
3.7	Erwartungen und Bedarfe	32
4	Fazit	35

Literaturverzeichnis

Band II:

Anhang

Gender-Hinweis:

Im folgenden Text werden männliche und weibliche Bezeichnungen im Wechsel genutzt. Das ist für die lesende Person u. U. ungewohnt. Bei der weiblichen Form sind Männer sowie nichtbinäre Personen immer mitgemeint. Bei der männlichen Form sind Frauen und nichtbinäre Personen immer mitgemeint.

Einleitung

Zuwanderung prägt den Landkreis Oldenburg. Migrantinnen aus Südosteuropa (Bulgarien, Polen, Rumänien) sind zahlenmäßig die größte Gruppe von Zugewanderten im Landkreis. Über die konkreten Lebensumstände dieser Menschen haben wir nur ausschnittshafte Kenntnisse.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Zugewanderten aus den EU-2-Ländern¹, also aus Bulgarien und Rumänien, stehen immer wieder in der öffentlichen und politischen Diskussion. Die Kritikpunkte beziehen sich auf beengte und überbeuerte Wohnverhältnisse, auf ausbeuterische Strukturen im Niedriglohnsektor mit langen Arbeitszeiten und auf körperlich schwere Tätigkeiten sowie fehlende Möglichkeiten, die deutsche Sprache zu lernen.

Die politischen Gremien im Landkreis Oldenburg haben sich in den letzten Jahren wiederholt mit der Situation von Zugewanderten aus Südosteuropa beschäftigt und einen hohen Handlungsbedarf festgestellt. In diesem Kontext wurden verschiedene Maßnahmen angestoßen. Da nur wenig verlässliche und zum Teil auch widersprüchliche Informationen über die Lebensumstände der Zuwanderungsgruppe vorlagen, beschloss die Kreisverwaltung in Kooperation mit zwei kreisangehörigen Kommunen, eine Befragung der Zugewanderten durchzuführen.

Denn die Lebens- und Arbeitssituation, die Wünsche und Bedürfnisse der Zuwanderungsgruppe sind für die Verwaltung wenig transparent. Es ist schwierig, die Menschen überhaupt zu erreichen, in den Regelangeboten kommen sie nicht an. Die vorliegende Untersuchung hat zum Ziel, die Situation der im Landkreis lebenden Bulgarinnen und Rumänen sichtbarer zu machen. Durch eine Befragung sollen sie selbst zu Wort kommen.

¹ Rumänien und Bulgarien werden auch als EU-2-Staaten bezeichnet. Für beide gilt seit dem 01.01.2014 die vollständige EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit.

1 Entwicklung der Befragung

1.1 Hintergrund und Zielstellung

Die Idee einer Befragung von Zugewanderten aus Rumänien und Bulgarien entwickelte sich im Zuge wiederkehrender und teils schwieriger politischer Diskussionen im Ausschuss der Kreisverwaltung (Integrations- und Gleichstellungsausschuss) zur Situation von Arbeitsmigranten aus Südosteuropa im Landkreis Oldenburg. Vor dem Hintergrund der Komplexität der Themenstellung und der zersplitterten Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Verwaltungsorganisationen erteilten die politischen Vertreterinnen der Kreisverwaltung schließlich den Auftrag, in einer „Steuerungsgruppe Zuwanderung Osteuropa“ unterschiedliche Verwaltungsebenen einzubeziehen und ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen und zu koordinieren. Zentrale Akteure sollten eingebunden werden. Ziel war, die Steuerungsfähigkeit der Verwaltung bei der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von EU-2-Zugewanderten im Landkreis zu erhöhen.

Die Kerngruppe der Steuerungsgruppe bestand aus sechs Personen - Entscheidungsträger der Kreisverwaltung und zweier kreisangehöriger Kommunen² ergänzt durch die Fachlichkeit aus der Sozial- bzw. Ordnungsverwaltung sowie des Sachgebiets Integration (Hauptamt). Die interkommunale Gruppe konstituierte sich Ende 2018 und nahm Anfang 2019 ihre Arbeit auf. Neben konzertierten Wohnraumkontrollen fanden Gespräche statt mit der Zollverwaltung, der Polizei, den Unternehmen im Landkreis, die viele Zugewanderte aus Bulgarien und Rumänien beschäftigen, mit Migrationsberatungsstellen sowie mit kommunalen Verwaltungen, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen.

Ein wichtiger Punkt war ebenfalls die adressatengerechte Information der Zuwanderungsgruppe über bereits vorhandene Unterstützungsmöglichkeiten in den Kommunen. Hieraus entwickelte sich in der Steuerungsgruppe ein Problembewusstsein bezogen auf die Schwierigkeit, einen Zugang zu dieser Zuwanderungsgruppe zu erhalten, und bezogen auf den Wissensstand über deren Lebenssituation - zumal die Aussagen dazu, je nach politischem Standpunkt oder Interessenlage, divergierten. Neben Expertinnen aus den Beratungsstellen, aus Wirtschaft und Verwaltung schien es dringend geboten, die zugewanderten Menschen - als „zentrale Akteure“ - selbst zu Wort kommen zu lassen. Im Zuge spekulativer Diskussionen und einer ungesicherten Informationslage reifte das Vorhaben, mit einer Befragung der Zielgruppe empirisch fundierte Aussagen für den Landkreis Oldenburg generieren zu können.

Erhoben werden sollten Informationen zu den Themenfeldern Arbeit, Familiennachzug, Wohnen, Qualifikation, deutschsprachliche Kenntnisse, Erwartungen und Bleibeabsicht. Damit verbunden war

² Die beiden kreisangehörigen Kommunen (Gemeinde Großenkneten, Stadt Wildeshausen) verzeichnen sehr hohe Zuwanderungszahlen aus den EU-2-Ländern. Der Anteil von Ausländern lag in Großenkneten, Stand Juni 2021, bei 19 Prozent, davon kamen 51 Prozent aus Rumänien. Im Ortsteil Ahlhorn produziert ein führendes Unternehmen Geflügelfleisch. In der Stadt Wildeshausen leben 15 Prozent Nicht-Deutsche, davon 48 Prozent aus Bulgarien, Stand Juni 2021. Wildeshausen ist Standort einer bekannten Putenschlachtereie (vgl. Brück, Frankenfeld 2021a).

die Aussicht, Kenntnisse über die konkreten Lebensumstände, Bedarfe, Wünsche und mögliche Stärken der Befragten zu erhalten. Die Ergebnisse könnten als belastbares Wissen eine Grundlage für zielgerichtete Handlungsansätze von Politik und Verwaltung bilden, aus der Ansätze zur Entwicklung geeigneter Integrationsformate für die Zuwanderungsgruppe ableitbar wären.

Innerhalb der Steuerungsgruppe verbanden die beiden kreisangehörigen Kommunen mit einer Befragung zudem die Aussicht, Steuerungswissen bei der Sozialplanung (insbes. Plätze in Kindertagesstätten und Schulen) und bei der gemeindlichen Infrastruktur zu erhalten. Zusammengefasst zielte das Screening darauf ab, sowohl vertiefte und datenbasierte Kenntnisse zur Lebenssituation von Zugewanderten aus Bulgarien und Rumänien im Landkreis Oldenburg als auch eine Planungs- und Steuerungsgrundlage für die Kommunalverwaltungen zu erhalten.

1.2 Konzeption und Design

Der Fragebogen des Screenings lässt sich inhaltlich in folgende Themenbereiche unterteilen:³

1. Demografische Daten (Nationalität, Geschlecht, Alter, familiäre Konstellation, Leistungsbezug)
2. Bleibeabsicht / Aufenthaltsdauer
3. Beschäftigungsverhältnis
4. Wohnsituation
5. Bildungsstand
6. Deutschsprachliche Kenntnisse
7. Erwartungen, Bedarfe, Kontaktwunsch

Die Konzeption des Erhebungsbogens wurde in Zusammenarbeit mit der Stadt Wildeshausen und der Gemeinde Großenkneten entwickelt, so trägt die Frage „Von wem hatten Sie Informationen über die Stadt Wildeshausen / Gemeinde Großenkneten?“ oder die detaillierte Abfrage nach der Zahl der Kinder und deren Aufenthaltsort deutlich die Handschrift der gemeindlichen bzw. städtischen Kommunalverwaltung. Nach dem ersten Entwurf wurden die Fragestellungen in Gesprächen mit Netzwerkpartnern aus den Beratungsstellen für EU-Zugewanderte modifiziert und erweitert. Das Erfahrungswissen aus der Beratungspraxis spiegelt sich beispielsweise in der Frage „Haben Sie einen Mietvertrag?“ wieder, die im ersten Entwurf gar nicht bedacht wurde. Anliegen der Steuerungsgruppe war ebenfalls, die Befragung zu nutzen, um über Anlaufstellen für kostenfreie muttersprachliche Beratung zu informieren.⁴

³ Die vollständige Dokumentation des Fragebogens findet sich im Anhang. Eine digitale Version der Erhebung steht bedauerlicherweise nicht mehr zur Verfügung. Eine Bereitstellung des Demo-Links wurde vom Dienstleister angeboten, wäre jedoch mit zusätzlichen Kosten verbunden gewesen. Wir haben jedoch Screenshots der Befragung erstellt, um den visuellen Eindruck des Screenings zu dokumentieren (vgl. Anhang).

⁴ Tabletversion (deutsche Sprachversion)

„Vielen Dank!

Jetzt können Sie sich bei der Kollegin oder dem Kollegen anmelden.

Bei der Anmeldung erhalten Sie auch einen Info-Flyer in Ihrer Sprache. Darin finden Sie Telefonnummern und Adressen von Beratungsstellen. Wenn Sie Hilfe und Unterstützung brauchen, können Sie dorthin

Die mit Abstand größte Herausforderung für die Erhebung lag darin, die Zuwanderungsgruppe zu erreichen und für eine Befragung zu motivieren. Während geflüchtete Menschen im Landkreis über Integrationsangebote gut eingebunden werden konnten,⁵ gestaltet sich der Zugang zu Arbeitsmigranten aus Osteuropa schwierig. Die Menschen orientieren sich vorzugsweise innerhalb der eigenen Community, und es besteht ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber behördlichen und offiziellen Stellen.

Die Überlegung der Steuerungsgruppe ging dahin, dass ein großer Teil der Zugewanderten aus Rumänien und Bulgarien im Landkreis Oldenburg beim Einwohnermeldeamt gemeldet ist und einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht. Damit unterscheidet sich die Situation der Unionsbürger im ländlichen Raum elementar von der in Großstädten wie z. B. Berlin oder Dortmund, wo mediale Berichte kontinuierlich über Verelendung, Obdachlosigkeit, unregulierte Beschäftigung („Arbeiterstrich“) und undokumentierten Aufenthalt informieren.⁶ Die Sicht der Steuerungsgruppe deckte sich mit den Einschätzungen aus dem Beratungsalltag der Migrationsarbeit, dass die Ratsuchenden sich in der Regel mit amtlicher Anmeldung im Landkreis aufhalten.

Daraus ergab sich eine reelle Chance, die Zuwanderungsgruppe beim Anmeldevorgang im gemeindlichen Meldeamt zu erreichen. Der Plan war, die Menschen während der Wartezeit im Rat- bzw. Stadthaus vor dem eigentlichen Meldevorgang zu befragen. Die zeitliche und räumliche Verbindung von Anmeldung und Befragung, so die Überlegung, wirke dahin, die Befragung als dem Meldevorgang zugeordnet und als nicht problematisch wahrzunehmen.

Die Erhebung wurde in digitalem Format konzipiert; personelle Ressourcen waren für eine Befragung nicht verfügbar. Dieses Format erleichterte es, die Menschen in ihren Muttersprachen anzusprechen

gehen. Es macht nichts, wenn Sie kein Deutsch sprechen. Die Berater können einen Dolmetscher dazubitten. Sie müssen dafür kein Geld bezahlen.

Wir wünschen Ihnen eine gute Zeit.“

Nach Freischaltung des QR-Codes mit Verlinkung (deutsche Sprachversion):

„Wenn Sie Hilfe oder Unterstützung brauchen, z.B. bei Behördenangelegenheiten oder bei der Suche nach einem passenden Kindergarten, können Sie sich an die Sozialarbeit der Diakonie wenden.

Es macht nichts, wenn sie kein Deutsch sprechen. Die Berater können einen Dolmetscher dazubitten. Sie müssen dafür kein Geld bezahlen. Weitere Informationen finden Sie unter folgendem Link:

<https://oldenburg-kreis.de/gesundheit-und-soziales/integration/informationen-fuer-neuzugewanderte/>

Wir wünschen Ihnen eine gute Zeit.“

⁵ Im Zuge der hohen Zuwanderung von Schutzsuchenden in den Jahren 2015 und 2016 wurde der Grundstein für zahlreiche Projekte und Maßnahmen im Zusammenwirken vieler Integrationspartnerinnen (Gemeinden, Diakonie, Kammern, Betriebe, Ehrenamt etc.) gelegt. Auf diese Weise ist im Landkreis eine vielfältige Integrationslandschaft entstanden, deren Angebote von geflüchteten Menschen in großem Maße wahrgenommen wurden und werden. Durch die Begleitung der Schutzsuchenden von Beginn an, den kostenfreien Zugang zu Sprachkursen, zu Projekten (Kochgemeinschaften, Nähstuben, Begegnungstreffen, Schnupperpraktika etc.), zu Beratungsstellen, durch den Einsatz von Sprachmittlern, durch ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement und durch sozialpädagogische Unterstützung entwickelte sich eine Dialog- und Beziehungsstruktur zwischen Neuangekommenen und der Aufnahmegesellschaft. Geflüchtete Menschen sind mittlerweile gut im Landkreis integriert, viele haben die deutsche Sprache gelernt, Arbeit aufgenommen und führen ein selbstbestimmtes Leben.

⁶ Der Anteil von amtlich nicht erfassten Personen aus Bulgarien wird für Berlin auf 11 Prozent (2009) und für Hamburg auf 12 Prozent geschätzt (Kovacheva 2020, S. 7). Ein undokumentierter Aufenthalt ist mit hohen Prekaritätsrisiken verbunden. Zur Situation von EU-Bürgerinnen und -Bürger in prekären Lebenslagen in Hamburg, vgl. Cyrus, Kovacheva 2022.

und auch diejenigen zu erreichen, die über keine deutschen Sprachkenntnisse verfügen. Durch das audiovisuelle Design der Befragung war es möglich, nicht alphabetisierte und wenig alphabetisierte Menschen einzubeziehen. Die Zusicherung von Anonymität erhielt durch das digitale Format ebenfalls eine höhere Glaubwürdigkeit, da ein direktes Gegenüber fehlte und keine Namensnennung erfolgte.⁷ Im Begrüßungstext zu Beginn der Erhebung wurde explizit auf die Anonymität und Freiwilligkeit der Befragung hingewiesen.



Abbildung 1: Intro EU-2-Screening, deutsche Version, Auswahl an Screenshots der Befragung, siehe Anhang

1.3 Umsetzung und Anpassungen

Mit der digitalen Umsetzung wurde ein spezialisiertes IT-Dienstleistungsunternehmen beauftragt, das die Befragung nach unseren Vorgaben realisierte. Die Befragung konnte auf einem Tablet in den Sprachen bulgarisch, deutsch und rumänisch aktiviert werden. Für die Übersetzung des Fragebogens in die Zielsprachen wurde ein professioneller Dienstleister in Anspruch genommen. Zusätzlich wurden Audiodateien (bulgarisch und rumänisch) hinterlegt, die von zwei Sprachmittlerinnen aus dem Sprachmittlerpool des Landkreises eingespielt wurden. Mit der Wahl eines Tastaturlayouts war es möglich, die lateinische oder die kyrillische Schrift zu nutzen. Alternativ konnten die Fragen und die Antwortmöglichkeiten über ein Audio-Icon abgerufen werden. Zusätzlich wurde die Antwortauswahl

⁷ Die Tablets, an der die Befragung erfolgte, standen an einem vom Meldezimmer separierten Ort.

synchron zum Audio optisch markiert. Die Fragenführung erfolgte in intuitiver Methodik. Abhängig vom Antwortverhalten wurden nicht relevante Fragen ausgelassen. Die Frage „Wer ist Ihr Arbeitgeber?“ baute sich beispielsweise nicht auf, wenn die Frage nach einem Arbeitsverhältnis verneint wurde. Die Teilnehmenden hatten zusätzlich die Möglichkeit, Antworten zu überspringen, ohne dass die Befragung abgebrochen wurde. Bei einigen Fragen (Nationalität, Wohnform, alleine/ mit Partner/ mit Kindern hier) gab es mehr als eine Antwortmöglichkeit. Am 05.10.2020 ging die Befragung mit der Installation der Tablets im Stadthaus Wildeshausen und im Rathaus der Gemeinde Großenkneten an den Start. Die geplante Laufzeit betrug zwölf Monate.

Benötigte Mittel und Finanzierung

Die Kosten für die Befragung beliefen sich auf knapp 16.000 Euro (ohne Auswertung). Die größten Ausgabenposten entstanden für die digitale Realisierung der Erhebung, das Hosting sowie die Anschaffung von fünf Endgeräten (Tablets) mit Kioskfunktion und Zubehör (Kopfhörer, Diebstahlsicherung etc.). Bei der Recherche nach Fördermitteln verblieb als einzige Option eine Beantragung von Mitteln aus dem EU-Programm LEADER. Hierüber wurden 50 Prozent der kalkulierten Ausgaben als Anteilsfinanzierung bewilligt, die Restsumme konnte in einer Kofinanzierung zu gleichen Teilen durch die Gemeinde Großenkneten, die Stadt Wildeshausen und den Landkreis Oldenburg abgedeckt werden.⁸

Notwendige Anpassungen

Vor der Installation wurden die Sachbearbeitungen beim Meldeamt einbezogen und über die Zielsetzung des Screenings in einem gemeinsamen Treffen informiert. Aufgrund des Infektionsgeschehens Covid 19 konnte der Plan, die Befragung in die Wartezeit vor den Anmeldevorgang zu platzieren, von den Verwaltungen organisatorisch nicht mehr umgesetzt werden. Behörden und Rathäuser waren geschlossen und eine Vorsprache erfolgte ohne Wartezeit nach vorheriger telefonischer Terminvergabe. Die Mitarbeiterinnen im Meldeamt wurden deshalb gebeten, die Neubürger aus Osteuropa nach der Anmeldung auf das Screening hinzuweisen. In der Gemeinde Großenkneten funktionierte das anfänglich gut, zumal auch der Integrationsbeauftragte der Gemeindeverwaltung die Neuzugewanderten im Haus ansprach und engagiert für eine Teilnahme an der Befragung warb. Im Stadthaus Wildeshausen lief das Screening von Anfang an schleppend. Insgesamt war die Motivation für eine Teilnahme an der Befragung nach erfolgreicher Anmeldung gering, die Gruppen der Arbeitsmigrantinnen wurden danach von den Vorarbeitern zügig zurück zu den Fahrzeugen eskortiert. Die Teilnahme blieb weit hinter den Erwartungen zurück.

Am 07.05.2021 wurde deshalb ein Tablet in den Quartierstreffpunkt "Mittendrin" (gemeinwesenorientierte Integrationsarbeit), Wildeshausen, verlegt. Eine signifikant höhere Beteiligung konnte dadurch jedoch nicht erreicht werden. Am 25.06.2021 wurde ein weiteres Tablet im Beratungsbüro der Migrationssozialarbeit (Diakonie) am Bahnhof Wildeshausen installiert. Die zu

⁸ Zu dem Erfahrungswissen aus der Projektdurchführung gehörte u. a. die Erkenntnis, dass die Förderung über das LEADER-Programm enorme zeitliche und fachliche Ressourcen erforderte. Als Fazit lässt sich festhalten, dass das Fördervolumen in keinerlei Hinsicht in einem angemessenen Verhältnis zum damit verbundenen Aufwand stand. Zu Dank verpflichtet sind wir dem Amt für regionale Landesentwicklung Oldenburg, das als zuständige Behörde mit der Abwicklung der Förderung beauftragt war und ein geduldiger Ansprechpartner für unsere Fragen war.

dieser Zeit tätige Migrationssozialarbeiterin vor Ort sprach bulgarisch und viele bulgarische Zugewanderte nahmen ihr Beratungsangebot in Anspruch. In dem Beratungsbüro wurde eine höhere Teilnahme als im Stadthaus erzielt.

Die Steuerungsgruppe initiierte in 2021 einen Dialog mit den fleischverarbeitenden Unternehmen im Landkreis, die einen großen Anteil von bulgarischen und rumänischen Arbeitsmigranten beschäftigen. Im Rahmen dieser Gespräche entstand die Idee, die Befragung über einen QR-Code für Smartphones zugänglich zu machen, um die Teilnehmerzahlen zu erhöhen. Die Geschäftsleitungen der Betriebe erklärten ihre Bereitschaft, das Screening zu unterstützen, den Code im Unternehmen zu verbreiten und ihre Beschäftigten zu bitten, an der Befragung teilzunehmen. Der QR-Code wurde am 09.07.2021 aktiviert und am 12. respektive 14.07.2021 an die Unternehmen weitergeleitet.⁹ Ein Unternehmen ließ ihren Mitarbeiterinnen den QR-Code für das Screening mit der Lohnabrechnung zukommen, allerdings erreichte die Beschäftigten die Information erst Anfang September. Auch beim zweiten Betrieb kam es zu Verzögerungen, da die Nachricht innerhalb des Unternehmens nicht zeitnah weitergeleitet wurde. Erst ab dem 21.09.2021 kommunizierte die Betriebsleitung das Screening mit der Belegschaft. Die Laufzeit der Erhebung sollte planmäßig zum Oktober 2021 enden. Da eine Verlängerung des Förderzeitraums und damit eine Aufstockung der entsprechenden finanziellen Mittel unrealistisch war, beschloss die Kreisverwaltung die Laufzeit des Screenings bis zum Jahresablauf zu verlängern und die Kosten mit Mitteln aus dem Integrationsbudget des Landkreises zu decken.

Der Zugang zum Screening über einen QR-Code erforderte Angleichungen beim Aufbau des Fragebogens. Neben marginalen Anpassungen bestanden die wesentlichen Veränderungen darin, dass nach der Wohnortgemeinde gefragt wurde (anstatt „Haben Sie schon einmal in %Kommune% gewohnt?“), da der Zugang zur Befragung nicht mehr an die Orte Wildeshausen bzw. Großenkneten gebunden war. Außerdem wurde der Link im Outro, mit dem per Mausclick die Angebote der Migrationsberatung geöffnet werden konnten, entsprechend angepasst (vgl. Anhang Fragebogen, Änderungen).

Nach insgesamt 15 Monaten Laufzeit wurde die Befragung zum 29.12.2021 beendet.

⁹ Der QR-Code wurde darüber hinaus auch innerhalb unseres Netzwerks in den Migrationsberatungsstellen im Landkreis verbreitet.

2 Diskussion der Teilnahmezahlen

An dem Screening nahmen insgesamt 281 Personen teil. Bei 117 Interviews wurde die Befragung bei der ersten Frage abgebrochen, zwei Interviews wurden als Testinterviews identifiziert. Diese fließen in die Auswertung nicht ein. 123 Interviews wurden vollständig beantwortet, 39 Interviews teilweise, die gemachten Angaben wurden in der Auswertung verwendet. Insgesamt liegen den Auswertungen 162 Interviews zugrunde. Das Design war so angelegt war, dass bestimmte Fragen, abhängig vom Antwortverhalten, nicht angezeigt wurden (z. B. wenn kinderlos, keine Frage zur Anzahl oder Aufenthalt der Kinder), außerdem gab es keinen Antwortzwang, d. h. einzelne Fragen konnten ohne Angabe übersprungen werden. Dementsprechend variiert die Anzahl der Befragten (N) bei den verschiedenen Fragen.

Wie oben beschrieben, fand die Befragung an verschiedenen Standorten statt und konnte zusätzlich unabhängig vom Standort über Mobiltelefon aufgerufen werden. Im Rathaus der Gemeinde Großenkneten wurden 55 Befragungen beantwortet, im Stadthaus in Wildeshausen 31 und in den beiden Beratungsstellen (Migrationssozialarbeit, Treffpunkte) 37. Mobil wurden die Interviews 39-mal durchgeführt. Die durch das Infektionsgeschehen notwendigen Anpassungen des Screenings erzielten den methodischen Vorteil, Selektionsverzerrungen zu begegnen, die sich ergeben könnten, wenn die Befragung nur bei der Wohnortanmeldung oder -ummeldung erfolgt. Neu Zugewanderte wären gegenüber Personen, die sich bereits längere Zeit im Landkreis aufhalten, überrepräsentiert und die Befragung dementsprechend verzerrt. Ein ausschließlicher Zugang zu der Befragung über die Arbeitgeber oder über Beratungsstellen wiederum würde z. B. Menschen ohne Beschäftigung oder Personen in der Ankunftsphase tendenziell ausgrenzen. Die multiplen Zugänge zum Screening wirkten dahingehend, dass für jede Person der Zielgruppe eine annähernd gleiche Wahrscheinlichkeit vorlag, an der Befragung teilzunehmen.

„Wir erreichen die Menschen aus dem Rechtskreis Asyl und Flucht gut. Die haben wir von Anfang an betreut, das ist eine überschaubare Gesamtzahl, die kennt man. Aber wenn Sie mich fragen: ‚Wer sind die 500 polnischen Menschen im Landkreis?‘ - Ich könnte Ihnen nicht mal sagen, wo sie arbeiten. Wir kennen sie nicht. Wir kennen die komplett nicht. Und wir sehen immer in der Beratung, dass dieses Nichtkennen nicht heißt, dass es keinen Bedarf gibt. (...) Dass sie geräuschlos unter uns leben, heißt nicht, dass alles gut ist.“

(S. Rosenboom, Landkreis Dahme-Spreewald)¹⁰

Zugewanderte Menschen aus den EU-2-Ländern kommen selten zu Wort. Es existieren nur wenige Studien und kaum Befragungen der Zielgruppe:¹¹ „Der Anteil von EU-Zugewanderten am deutschen Arbeitsmarkt ist z. B. deutlich gestiegen. Dennoch ist die analytische und strategische Beschäftigung

¹⁰ Zitiert aus: Robert Bosch Stiftung (2022), S. 11.

¹¹ Für einen aktuellen Überblick zur EU-Migration nach Deutschland sei neben dem Sammelband von Christian Pfeffer-Hoffmann (2021), der sich auf die Analyse allgemeiner statistischer Daten und ergänzender Informationen konzentriert, auch auf die kürzlich erschienene Studie des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR-Studie 2023-1) hingewiesen, die auf der empirischen Grundlage von 38 halbstrukturierten Interviews mit Experten erstellt wurde.

mit dieser größten Gruppe [neuzugewanderter Arbeits- und Fachkräfte] in Behörden, Politik, Medien und Wissenschaft (...) relativ begrenzt.“ (Pfeffer-Hoffmann, 2021, S. 11f). Direkte Befragungen der Zuwanderungsgruppe zu ihrer Lebensrealität sind nach unserem Kenntnisstand übersichtlich und hinsichtlich der Anzahl der Teilnehmenden eng limitiert¹², häufig stehen Experteninterviews im Vordergrund und werden methodisch durch Gespräche mit zugewanderten Menschen mit osteuropäischem Hintergrund ergänzt. Eine uns bekannte Ausnahme ist die Publikation von Vesela Kovacheva (2021). In den Jahren 2012 und 2013 befragte sie 400 bulgarische Menschen in Hamburg mit dem Fokus auf deren Mobilitätsmuster. Beachtenswert und impulsgebend für unser EU-2-Screening war die Befragung der Stadt Rheda-Wiedenbrück, die einen Personenkreis von 156 Beschäftigten (bzw. Familienangehörigen) aus Bulgarien, Polen und Rumänien erreichen konnte und die 2017 im Ausschuss für Soziales, Migration und Sport der Stadt vorgestellt wurde. Anknüpfend an die Ergebnisse führte die Stadt zusätzlich 48 ausführliche, leitfadengestützte Interviews mit den Zugewanderten zu Lebens-, Arbeitsbedingungen und zur Integrationsbereitschaft (Stadt Rheda-Wiedenbrück 2018). Die Erhebungen dienten als faktenbasierte Grundlage für die Neuausrichtung kommunaler Beratungs-, Unterstützungs- und Steuerungsinstrumente für Zuwanderung aus den südosteuropäischen Unionsländern.

Der fehlende Zugang zur Zuwanderungsgruppe ist ein durchgängiges Thema bei der Diskussion um die Integrationschancen von Unionsbürgern aus Südosteuropa. Das spiegelt sich wieder in der Beteiligung der Menschen an der Befragung. Sozialberatungsstellen und Verwaltungen berichten, dass die Zuwanderer schwer zu erreichen sind, in den Regelangeboten kommen sie nicht an. Vielmehr wird von einem tiefen Misstrauen gegenüber offiziellen Stellen gesprochen. Die Menschen beziehen sich vorzugsweise auf ihr muttersprachliches Netzwerk.¹³ In der ethnologischen Forschung wurde für die Staaten Südosteuropas die Bezeichnung als „Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens“ (Giordano 2007) geprägt¹⁴. Kerngedanke ist, dass sich in diesen Gesellschaften Solidaritätsstrukturen in der Gestalt von informellen Netzwerken organisieren. Diese informelle Selbstorganisation wird als soziale Ressource verstanden, als konkrete Hilfe im Alltag und als emotionale Hilfe. Die Abneigung gegenüber offiziellen Stellen wird im Rückgriff auf die historischen Erfahrungsräume mit staatlicher Organisation und Fremdherrschaft dieser Gesellschaften hergeleitet. Die vitale Bedeutung von persönlichen Netzwerken und die Abwehr gegenüber institutionalisierten Strukturen wurde in einer

¹² 30 Befragungen von zugewanderten bulgarischen, polnischen und rumänischen Menschen (Cyrus, Kovacheva 2022); 62 leitfadengestützte Interviews mit Experten sowie zugewanderten Beschäftigten von 2017 bis 2020 (Birke 2021); 40 Interviews mit zugewanderten bulgarischen Frauen (Panayotova-Grün 2013); 60 Experteninterviews, 5 Gruppendiskussionen sowie 12 Interviews mit zugewanderten Menschen aus Bulgarien und Rumänien, ergänzt durch eine Gruppendiskussion (Geiges et al. 2017). Eine aktuelle Studie der Ruhr-Universität Bochum untersucht aktuell (Laufzeit bis 2024) auf der Grundlage von 600 Interviews mit Zugewanderten aus Südosteuropa die Migrationsmotive und -muster dieser Gruppe in sog. Ankunftszentren in sechs ausgewählten Kommunen des Ruhrgebiets (Schramm 2023).

¹³ Die Unterstützung durch die eigene Community ist dabei zwiespältig. Beratungsstellen berichten, dass die Communities hierarchisch organisiert und Unterstützungsleistungen häufig nicht nur unzulänglich (z. B. Fehlübersetzungen), sondern auch teuer seien. Insbesondere die Situation von Neuzugewanderten würde von Landsleuten nicht selten ausgenutzt.

¹⁴ Die Antinomie der „High Trust Societies“ und „Low Trust Societies“ geht auf den amerikanischen Politologen Francis Fukuyama zurück und bezeichnet Gesellschaften mit einem hohen Vertrauen in staatliche Institutionen in Abgrenzung zu den Gesellschaften öffentlichen Misstrauens. Ein versachlichtes Vertrauen in Institutionen und deren Repräsentanten bewertet Fukuyama als Bedingung für Prosperität (vgl. zur Kritik Giordano 2007).

Interviewstudie mit 40 zugewanderten bulgarischen Frauen in Bayern bestätigt (Panayotova-Grün 2013).

Bei dem EU-2-Screening handelt es sich um eine explorative Befragung, erstmalig gibt eine größere Gruppe EU-2-Zugewanderter im Landkreis Oldenburg selbst Auskunft zu ihrer Lebens- und Arbeitsrealität. Erst Wissen schafft die Voraussetzung, überhaupt Dinge zu gestalten. Ziel ist auch, aus der Datenbasis und den empirischen Indizien generalisierte Hinweise zu extrahieren. Dabei geht es nicht um das Testen von Hypothesen, sondern um eine Erweiterung der Perspektive der Kommunalverwaltung und der Politik sowie um Hilfe beim Formulieren von Ansatzpunkten für die Integration in die Landkreisgesellschaft.

Die Informationen von 162 Personen aus den osteuropäischen Unionsländern zu ihrer Lebens- und Arbeitssituation im Landkreis Oldenburg werden im Folgenden ausgewertet und interpretiert.

Bei der Auswertung der Ergebnisse wurden einige Fragen nicht berücksichtigt. Alle Angaben zum Themenkomplex Sozial- und Infrastrukturplanung¹⁵ der kreisangehörigen Kommunen haben wir bei der Dateninterpretation außer Acht gelassen, da die Beteiligung an der Befragung keine ausreichende Grundlage für zukünftige Maßnahmen, wie beispielsweise die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen, bildet. Hierfür wäre eine systematische Erfassung der Neuanmeldungen in den Ämtern erforderlich gewesen, die sich nicht realisieren ließ. Als unergiebig erwies sich ebenfalls die Frage nach dem Schulabschluss der Partnerin bzw. des Partners (wegen möglicher Doppelnennungen) und die Frage, welche Zeitfenster für den Aufenthalt in Deutschland bei einer Rückkehrabsicht bestehen¹⁶. Ausschlaggebend dafür waren bei der letzten Frage die minimale Zahl der Antworten und der ausgeprägte Prozesscharakter bei Bleibe- bzw. Rückkehrüberlegungen (vgl. Auswertung zum Thema Bleibeabsicht weiter unten).

Die Auswertung der Frage nach dem Vermieter¹⁷ wird in diesem Bericht aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht diskutiert.

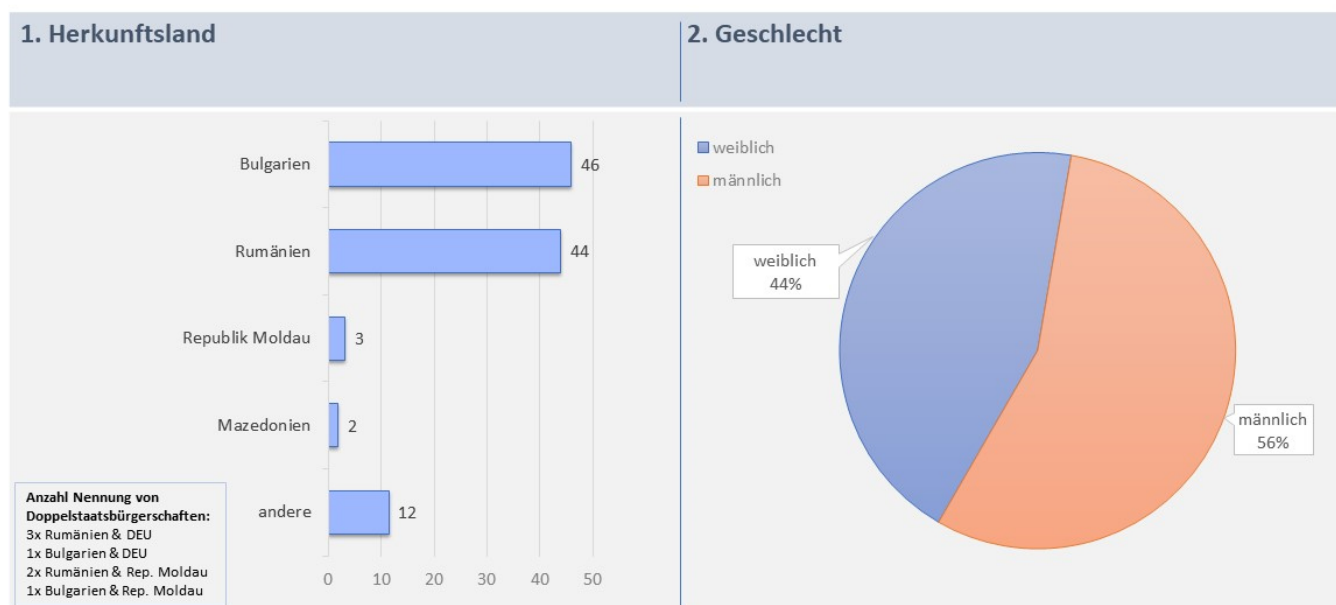
¹⁵ Das betrifft die Fragen: „Haben Sie noch Familie in Ihrer Heimat?“, „Wie viele Kinder haben Sie insgesamt?“, „Wie viele Kinder sind mit Ihnen hier?“ sowie die Fragen nach dem Alter der Kinder (vgl. Fragebogen im Anhang). Die Frage „Haben Sie schon einmal in [kreisangehörige Kommune] gewohnt?“ wurde in die Auswertung der Frage „Haben Sie bereits einmal in Deutschland gewohnt?“ einbezogen, vgl. Chart 5a, Seite 14.

¹⁶ „Welchen Schul- oder Berufsabschluss hat Ihr/e Partner/in in Ihrer Heimat erworben?“ und „Für wann planen Sie Ihre Rückkehr?“ (vgl. Fragebogen im Anhang).

¹⁷ „Wer ist Ihr Vermieter?“ (vgl. Fragebogen im Anhang).

3 Auswertung

3.1 Herkunft, Geschlecht und Alter



Frage 1: Welche Nationalitäten haben Sie?
 Basis: alle Befragten mit Angaben (n=157) | Absteigend sortiert | Mehrfachnennungen möglich.
 Alle Angaben in %

Frage 2: Sie sind...?
 Basis: alle Befragten mit Angaben (n=153)
 Alle Angaben in %

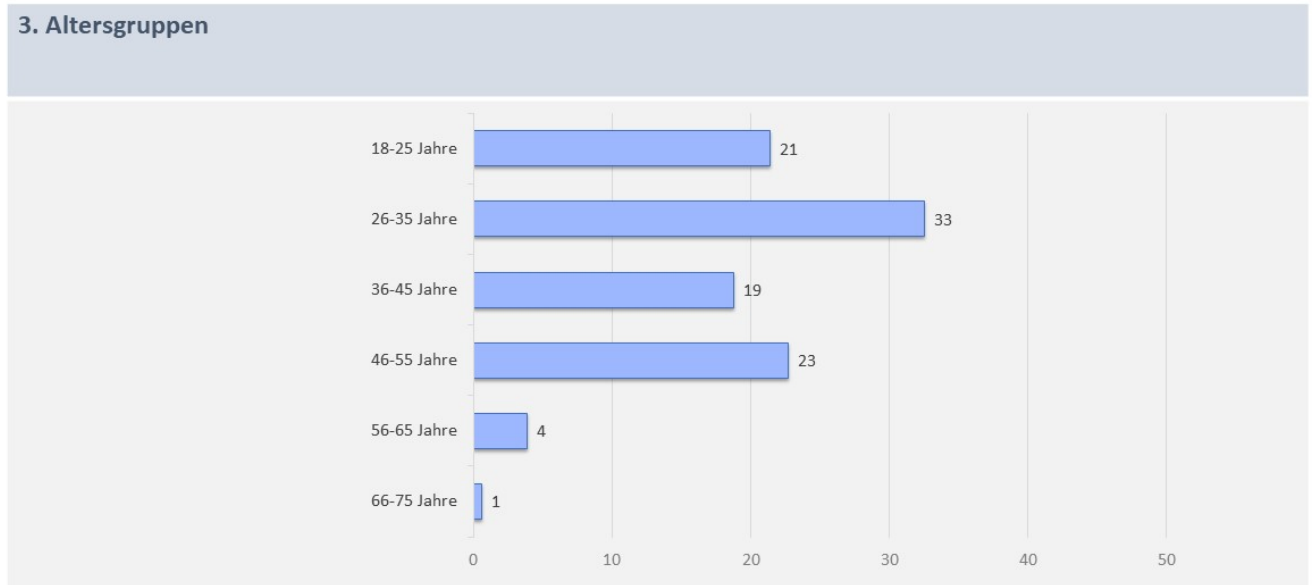
Die Aufschlüsselung der Herkunftsländer entspricht den Erwartungen, da die Befragung in den Sprachen bulgarisch, deutsch und rumänisch konzipiert wurde, um diese Zuwanderungsgruppen zu erreichen.¹⁸ Erwähnenswert sind Doppelstaatsbürgerschaften von Zugezogenen aus der Republik Moldau. Aus anderen Untersuchungen ist bekannt (Stadt Rheda-Wiedenbrück 2017, 2018), dass moldawische oder mazedonische Menschen sich mit entsprechenden finanziellen Mitteln eine legitime bulgarische oder rumänische Staatsbürgerschaft beschaffen und somit das Freizügigkeitsrecht der EU in Anspruch nehmen können.

Die Beteiligung von Männern und Frauen an der Befragung war relativ ausgeglichen, wobei männliche Befragte leicht überwogen. Betrachten wir die Gesamtzahlen zugewanderter Menschen aus Rumänien im Landkreis Oldenburg (12/2021)¹⁹, stellen wir fest, dass der Anteil von männlichen Zugewanderten aus Rumänien den von Frauen um annähernd das Doppelte übersteigt (1.695 männlich, 990 weiblich). Dies spiegelt sich auch bei den Teilnehmenden der Befragung mit rumänischer Herkunft wieder (19 Frauen und 49 Männer mit rumänischer Nationalität). Bei Befragten aus Bulgarien findet sich ein Ungleichgewicht: Es nahmen deutlich mehr Frauen als Männer an den Interviews teil (41 weibliche und 26 männliche Befragte). Diese Zahlen korrespondieren nicht mit den Gesamtzahlen der

¹⁸ Die anderen Nationalitäten schlüsseln sich wie folgt auf: Polen (2), Russland (1), Vietnam (1), Deutschland (6). Bei der Betrachtung von Chart 1 ist zu berücksichtigen, dass Mehrfachnennungen möglich waren und einige Angaben keine Nationalität bezeichneten (z. B. „Norddeutscher“, „члллчллрхъй юяббббббч пррррллуеееу&/#€%€&#=#_ йэкХэ ФИФА л.в в“), diese aber als Nennung unter der Rubrik „Andere“ zahlenmäßig erfasst wurden.

¹⁹ Quelle: Ausländerzentralregister, Landkreis Oldenburg, siehe Anhang.

Zuwanderung aus Bulgarien im Landkreis (ebenda), die von der Geschlechterverteilung verhältnismäßig ausgewogen ist (1.165 männlich, 1.045 weiblich).



Frage 3: Wie alt sind Sie?
 Basis: alle Befragten mit Angaben (n=154)
 Alle Angaben in %

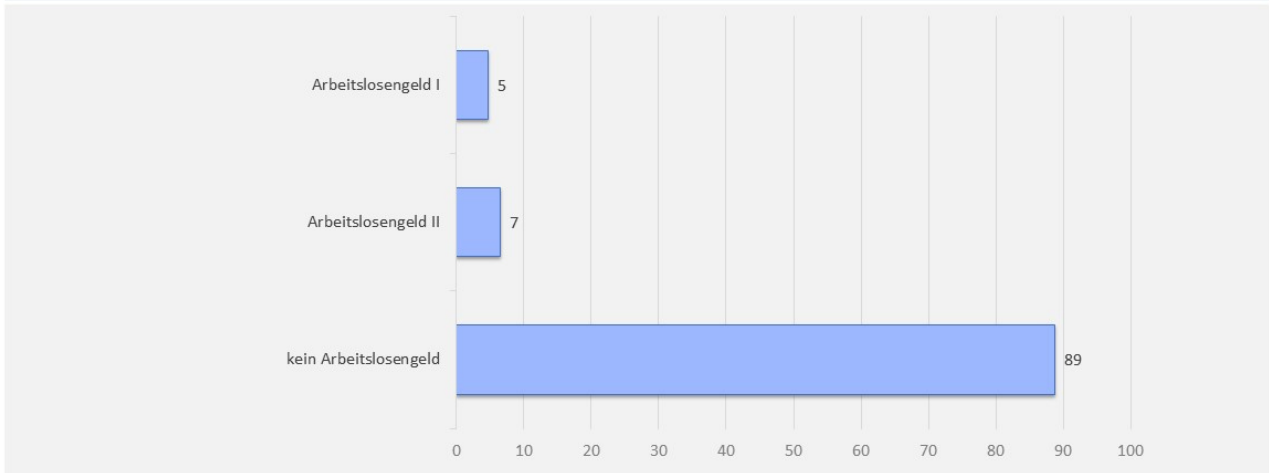
Bei der Altersstruktur sind Personen im erwerbsfähigen Alter erwartungsgemäß stark vertreten.²⁰ Die Zuwanderung der leistungsstarken Jahrgänge spricht für eine hohe Erwerbsmotivation bei der Entscheidung für die Wanderungsbewegung in den Landkreis. Hierbei spielen die gesetzlichen Regelungen zur Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union eine entscheidende Rolle. In der Regel ist ein Beschäftigungsverhältnis für EU-Bürger unabdingbar, um einen Aufenthalt von mehr als drei Monaten zu ermöglichen.²¹

²⁰ Bei der Betrachtung der Charts ist zu berücksichtigen, dass die Prozentzahlen aufgrund kaufmännischer Rundungen nicht immer auf 100 Prozent addieren.

²¹ EU-Bürgerinnen sind von Leistungen nach SGB II oder XII in den ersten fünf Jahren ihres Aufenthalts ausgeschlossen, sofern sie nicht einen Arbeitnehmerstatus haben.

3.2 Bezug von Transferleistungen

4. Beziehen Sie Transferleistungen?



Frage 7: Beziehen Sie eine der folgenden staatlichen Leistungen?
 Basis: alle Befragten mit Angaben (n=107)
 Alle Angaben in %

Wir können davon ausgehen, dass der überwiegende Teil der EU-2-Zugewanderten in einem Beschäftigungsverhältnis steht (bzw. Familienangehöriger ist), d. h., es werden Sozialversicherungsbeiträge und Steuern abgeführt. Arbeitslosengeld I ist eine Versicherungsleistung, der eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit vorausgegangen sein muss. Beim ALG-II-Bezug (Bedürftigkeitsprinzip) sind die sog. Aufstocker zu bedenken. Diese Gruppe erzielt Erwerbseinkommen, die Erwerbstätigkeit allein reicht jedoch nicht aus, um den Lebensunterhalt zu decken, ist also ein starkes Indiz für eine prekäre Arbeitsmarktintegration, und es besteht ein Anspruch auf ergänzende Leistungen (z. B. bei einer Familie mit nur einer erwerbstätigen Person).

Exkurs 1: EU-2-Zugewanderte im Leistungsbezug SGB II, Landkreis Oldenburg

Stand Juli 2023 befinden sich im Landkreis Oldenburg 3.903 Erwerbsfähige im Leistungsbezug nach SGB II (Bürgergeld). Davon haben 2.061 eine deutsche und 1.842 Personen eine ausländische Staatsbürgerschaft. Die Abbildung 2 zeigt nicht deutsche Leistungsbeziehende nach Nationalität.

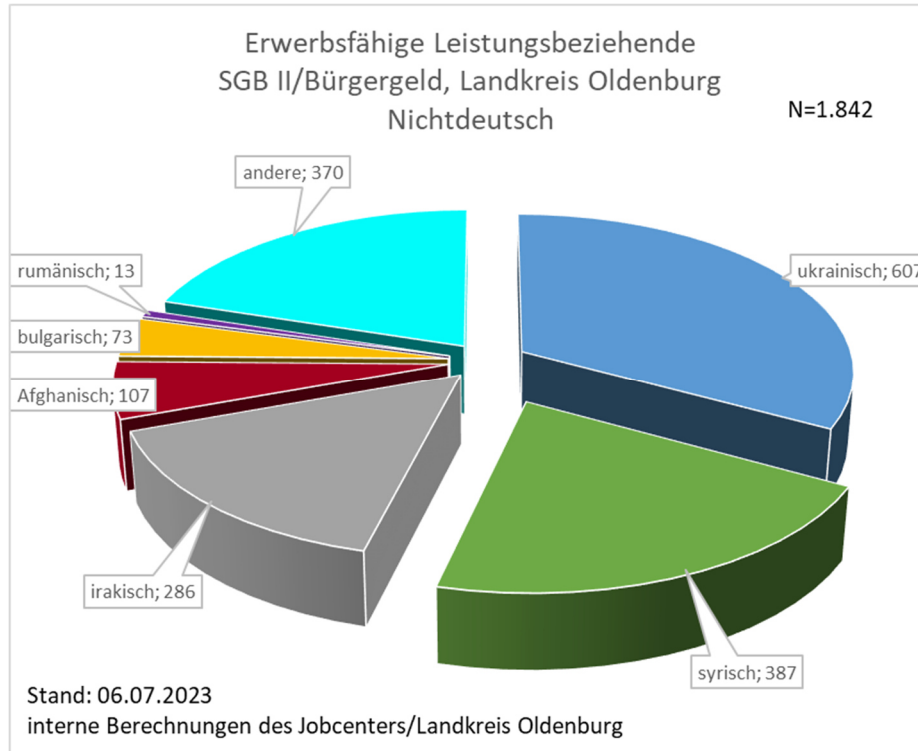


Abbildung 2: Nationalitäten nicht deutscher Leistungsbeziehender Bürgergeld

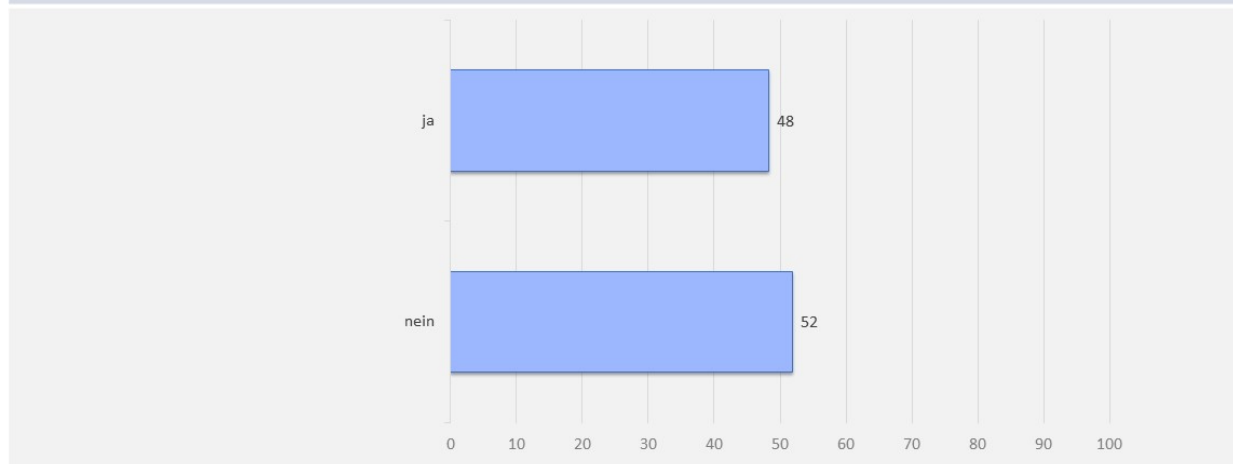
Obwohl Menschen aus Südosteuropa die größte Zuwanderungsgruppe im Landkreis bilden, ist der Anteil von Personen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, im Vergleich zu anderen Herkunftsländern auffallend gering. Von den SGB-II-Empfängerinnen aus den EU-2-Ländern sind etwa 30 Prozent (bulgarische Leistungsempfänger) und 50 Prozent (rumänische Leistungsempfänger) sog. Aufstocker: Sie sind erwerbstätig und beziehen ergänzende Leistungen nach dem SGB II (Berechnungen Jobcenter Landkreis Oldenburg, Stand 31.07.2023).

3.3 Familie und Bleibeabsicht

In der Diskussion über Arbeitsmigration und Integrationsaufgaben wird häufig auf den saisonalen Aspekt sowie die hohe Fluktuation der Zuwanderung verwiesen. Maßnahmen zur Unterstützung sozialer und gesellschaftlicher Teilhabe werden vor diesem Hintergrund als entbehrlich eingeschätzt.²² Insofern bildet die Bleibeabsicht ein Schlüsselement für kommunale Integrationsmaßnahmen.

²² Davon unberührt sind ausdrücklich der Zugang zu Beratung und die Gewährleistung zentraler Schutzstandards, welche die Gesellschaft auch für Personen mit temporärem Aufenthalt auf kommunaler Ebene organisieren muss.

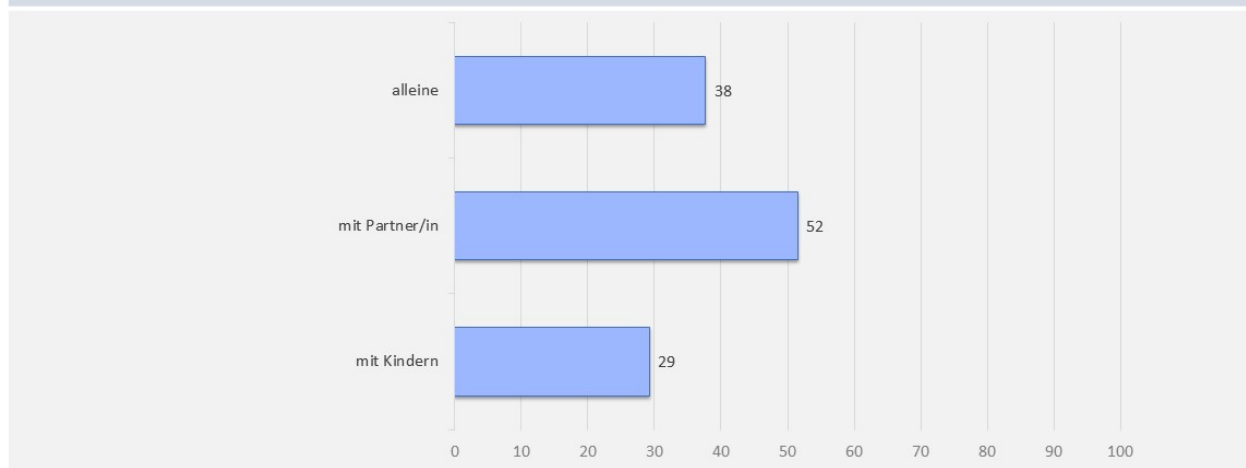
5a. Haben Sie bereits in Deutschland gewohnt?



Frage 5a: Haben Sie schon einmal in der Gemeinde Großenkneten / der Stadt Wildeshausen gewohnt + 6: Haben Sie früher schon einmal in Deutschland gewohnt?
 Basis: alle Befragten mit Angaben (n=141)
 Alle Angaben in %

Wie in Untersuchungen zum Migrationsverhalten von Menschen aus Bulgarien, Polen und Rumänien (Mobilitätsmuster der gespaltenen Migration; Kovacheva, Cyrus 2020, 16 ff) beschrieben, können wir auch im Landkreis beobachten, dass individuelle Wanderungsbewegungen zum Einkommenserwerb durchaus zyklisch verlaufen (zirkuläre Migration) und auch eine Rückkehrmigration temporären Charakter haben kann.²³

6. Sind Sie alleine oder mit Familie hier?

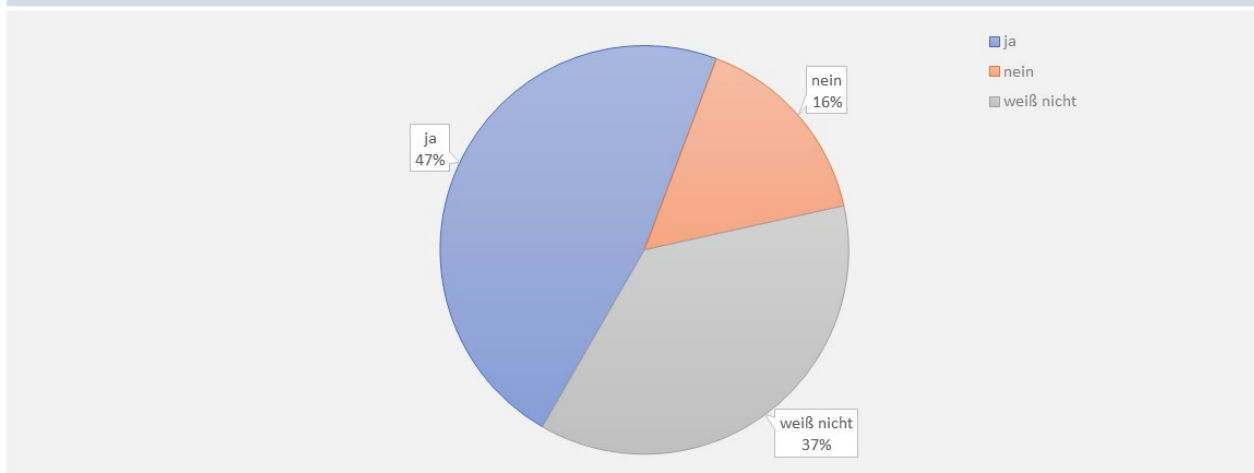


Frage 8: Sind Sie alleine oder mit Familie hier?
 Basis: alle Befragten mit Angaben (n=130) | Mehrfachnennungen möglich.
 Alle Angaben in %

²³ Bei dem Chart Nr. 5a handelt es sich um eine Darstellung, welche die Antworten aus zwei verschiedenen Fragebogenversionen zusammenzieht. Es handelt sich um die Frage „Haben Sie schon einmal in Wildeshausen/Großenkneten gewohnt?“ und die Frage „Haben Sie bereits in Deutschland gewohnt?“.

Ein starker Indikator für Bleibeabsicht ist die Migration (Mit- oder Nachzug) von Familienmitgliedern, insbesondere minderjährigen. Die befragten Personen leben überwiegend nicht allein, sondern mit Kindern und/oder Partner im Landkreis.²⁴ Daraus lässt sich ableiten, dass eine beachtliche Gruppe von Arbeitsmigrantinnen ihren Lebensmittelpunkt bereits in Deutschland hat. Bei der Frage nach der zukünftigen Planung („Möchten Sie Ihre Familie nach Deutschland holen?“) ist auffällig, dass ein hoher Anteil von Neuzugewanderten unentschieden ist - „weiß nicht“.

7. Möchten Sie Ihre Familie nach Deutschland holen?

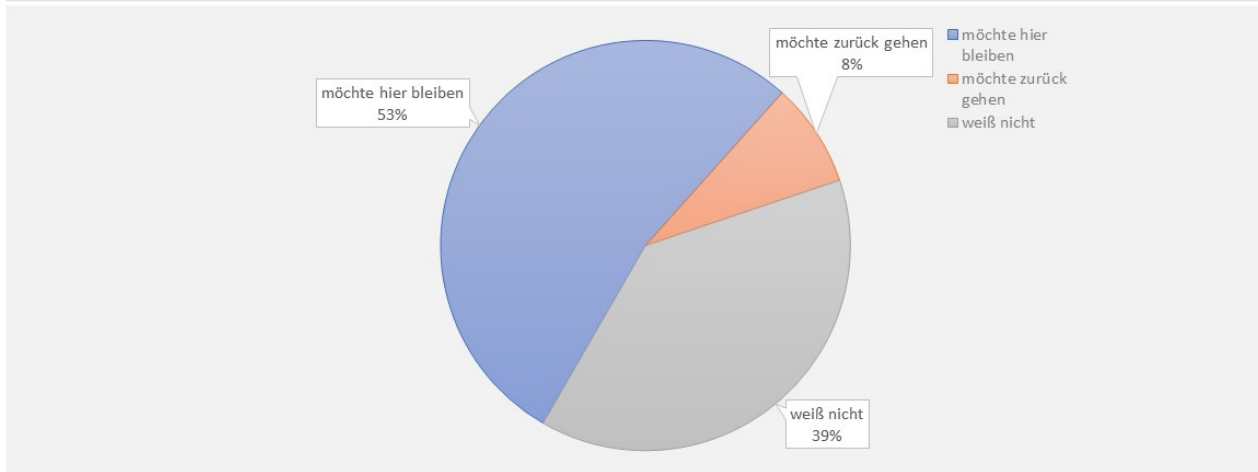


Frage 12: Haben Sie vor, Ihre Familie nachzuholen?
 Basis: alle Befragten mit Familie in der Heimat, mit Angaben (n=38)
 Alle Angaben in %

Tatsächlich dürfte die Bleibeabsicht Veränderungen und Neubewertungen unterliegen, betrachtet man die Logik von erwerbsmotivierten Wanderungsbewegungen. Bei einem klassischen Verlauf migriert zunächst die erwerbsfähige leistungsstarke Person, um die Zukunftsfähigkeit der Wanderungsbewegung in Erfahrung zu bringen. Die Entscheidung zurückzugehen oder zu bleiben, wird nach erst nach einiger Zeit getroffen („weiß nicht“). Sie ist abhängig von den Lebenschancen, die das Einwanderungsland bietet, d. h. abhängig von Erwerbseinkommen, Arbeitsbedingungen, Lebens- und Wohnumfeld, Unterstützung etc. und kann auch revidiert werden.

²⁴ Bei der Frage „Sind Sie alleine oder mit Familie hier?“ noch einmal der Hinweis, dass bei einigen Fragen Mehrfachnennungen möglich waren, deshalb addieren die Prozentangaben nicht auf 100.

8. Möchten Sie in Deutschland bleiben?



Frage 30: Möchten Sie langfristig hier bleiben oder haben Sie konkrete Pläne, in Ihre Heimat zurückzukehren?
Basis: alle Befragten mit Angaben (n=122)
Alle Angaben in %

Insgesamt lässt sich festhalten, dass das Bild vom Saisonarbeitenden, der sich für einige Monate im Landkreis aufhält und danach mit dem erwirtschafteten Einkommen in das Heimatland zurückkehrt, die Zuwanderung von Arbeitsmigranten in den Landkreis Oldenburg nicht korrekt abbildet: Nur 10 Teilnehmende gaben an, in ihr Herkunftsland zurückzuziehen. Die Verlagerung des Lebensmittelpunkts nach Deutschland ist für 91 Prozent der Befragten eine Option.

3.3.1 Informationen über das Zielland (freies Antwortfeld)

Wortwolke 1:²⁵ „Von wem hatten Sie Informationen über >kreisangehörige Kommune<?“²⁶



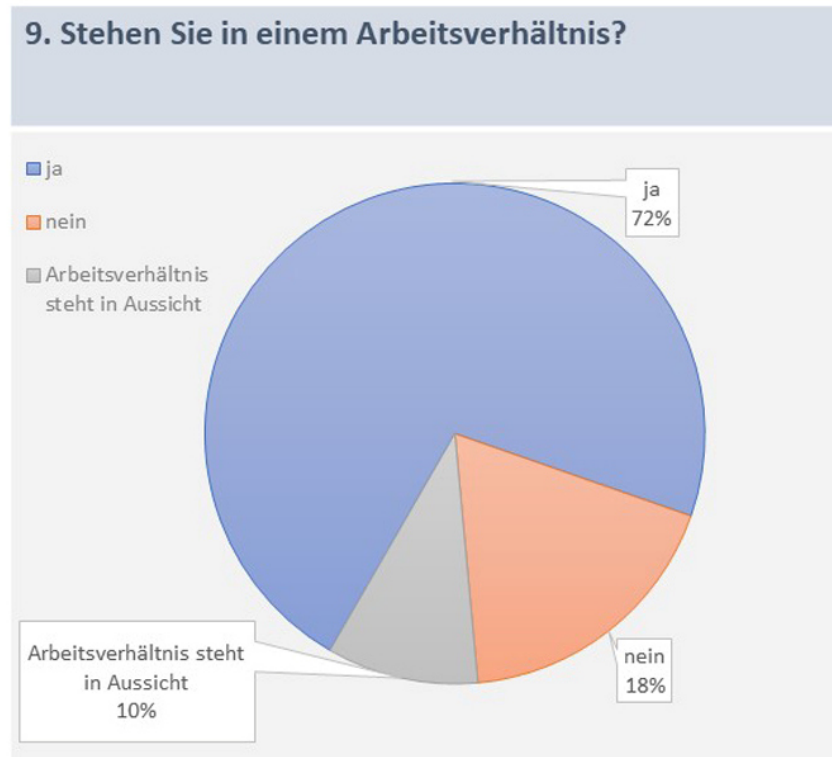
Bei der Konzeptionierung der Befragung bestand in den Verwaltungen der Stadt Wildeshausen und der Gemeinde Großenkneten ein großes Interesse daran zu erfahren, welche Konstellationen Zugewanderte veranlassen, in den Landkreis Oldenburg einzuwandern. Es stellte sich die Frage, woher migrationswillige EU-Bürgerinnen Informationen über die Region erhalten und insbesondere, von wem.

Die Angaben legen nahe, dass personalisierten Beziehungen eine entscheidende Bedeutung zukommt. An erster Stelle steht der soziale Nahbereich von Verwandtschafts- und Freundschaftsbeziehungen. Aber auch weniger intensive persönliche Beziehungen (Bekannte oder Kollegen) werden häufiger angeführt. Ergänzend zu informellen Beziehungsnetzwerken spielen die Anwerbung durch den Arbeitgeber und über Stellenangebote eine wichtige Rolle bei dem Entschluss der Befragten, das Heimatland zu verlassen. Unerwartet ist, dass Informationen über digitale Angebote bei den Antworten nicht sichtbar werden.

²⁵ Die Antworten der Teilnehmenden wurden ins Deutsche übersetzt und für die Wortwolken redaktionell bearbeitet und thematisch zugeordnet. Die Originalantworten sowie die Dokumentation der Übersetzungen und der Bearbeitung finden sich im Anhang.

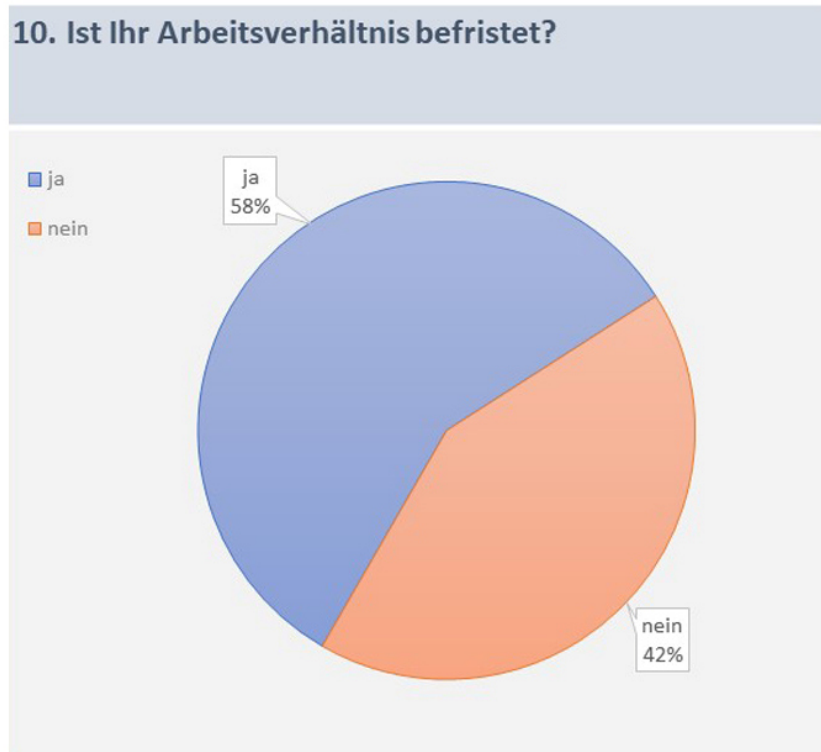
²⁶ Diese Frage wurde nur Teilnehmenden gestellt, die ihren Wohnsitz entweder in der Stadt Wildeshausen oder der Gemeinde Großenkneten hatten.

3.4 Arbeit



Frage 14: Stehen Sie in einem Arbeitsverhältnis?
Basis: alle Befragten mit Angaben (n=132)
Alle Angaben in %

Die Mehrzahl der Befragten (82%) steht in einem Beschäftigungsverhältnis bzw. befindet sich in der Anbahnung einer Erwerbstätigkeit. Dieses Ergebnis ist kongruent mit der oben beschriebenen hohen Erwerbsmotivation. Deutlich wird die Prekarität der Beschäftigungssituation der Zugewanderten bei der Frage nach der Befristung. Fast 60 Prozent der Befragten gaben an, in einem zeitlich nicht gesicherten Beschäftigungsverhältnis zu stehen. Zum Vergleich: 2021 waren in Deutschland 7,4 Prozent aller Arbeitsverträge befristet (bezogen auf Arbeitnehmer über 25 Jahre), vgl. Destatis (2023).



Frage 17: Ist Ihr Arbeitsverhältnis befristet?
 Basis: Befragte mit Arbeitsverhältnis (in Aussicht); mit Angaben (n=99)
 Alle Angaben in %

Dieser hohe Wert mag zu einem Teil dadurch relativiert werden, dass in der Gemeinde Großenkneten und der Stadt Wildeshausen viele Teilnehmende die Befragung direkt nach der Wohnsitzan- oder Ummeldung beantwortet haben. Neuankommende Zugewanderte, die eine Beschäftigung aufnehmen, haben häufig zunächst befristete Arbeitsverträge. Dennoch bleibt der Anteil prekärer Beschäftigung auffällig.

3.4.1 Arbeitgeber und berufliche Tätigkeit (freie Antwortfelder)

Auf die Frage nach dem Arbeitgeber haben 76 Personen geantwortet. Zur Identifizierung von Unternehmen im Landkreis, die Arbeitsmigranten beschäftigen, können die Ergebnisse nur begrenzt beitragen. Einige der Betriebe existieren aufgrund von Insolvenz oder Liquidation mittlerweile nicht mehr oder nicht in dieser Form (SO Dienstleistungsgesellschaft mbH oder DSZ Deutsche Schlacht und Zerlegung GmbH) und einige Angaben konnten nicht zugeordnet werden bzw. der Arbeitgeber wurde personalisiert (Igor, Hhf Ahlhorn, Gbo, Did, Ppppp, Privat, Ihr). Wie zu erwarten war, dominieren Betriebe aus der Fleisch- und Lebensmittelverarbeitung und deren Subunternehmen. Ebenfalls genannt werden ein bekanntes Versandunternehmen sowie zwei Arbeitnehmerüberlassungen, die

Sicherheits- und Industriereinigungsbranche, die Kunststoffproduktion, eine Textilreinigung sowie der Einzelhandel und ein Krankenhaus/ eine Pflegeeinrichtung als Arbeitgeber.

Wortwolke 2: „Wer ist Ihr Arbeitgeber?“



Insgesamt 75 Prozent der Antworten (57 Nennungen) lassen sich eindeutig Arbeitgebern der Fleisch- bzw. Lebensmittelproduktion zuordnen. Eine starke Präsenz der beiden regionalen Schlachtbetriebe (43 Nennungen) war antizipiert worden, da bei der Erweiterung des Screenings mittels QR-Code, die Geschäftsführungen bei der migrantischen Belegschaft für das Screening werben wollten.²⁷ Dies funktionierte allerdings nur bedingt.²⁸ Neben den für die genannten Unternehmen tätigen Subunternehmen (DSZ, SO Dienstleistungen, 6 Nennungen) werden noch andere Schlachtbetriebe angeführt: Gut Bergmark und Kreienkamp (2 Nennungen - jetzt ebenfalls dem Steinfelder Unternehmen Gut Bergmark zugehörig), drei weitere Angaben zum Arbeitgeber (J & J, UM Abator,

²⁷ Die Steuerungsgruppe Zuwanderung Osteuropa setzt sich aus Entscheidungsträgern der Kreisverwaltung und zweier kreisangehöriger Kommunen zusammen. Diese interkommunale Kooperation initiierte von Februar 2021 bis September 2022 Gespräche zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitsmigranten mit den zwei großen Fleisch verarbeitenden Unternehmen im Landkreis Oldenburg, die eine hohe Zahl von Zugewanderten aus Bulgarien und Rumänien beschäftigen bzw. zu dem Zeitpunkt der Befragung Werkverträge mit entsprechenden Subunternehmen unterhielten (vor Inkrafttreten des Arbeitsschutzkontrollgesetzes). Im Rahmen dieser Besprechungen wurde auch das EU-2-Screening vorgestellt.

²⁸ Der Betrieb am Standort Wildeshausen versandte den QR-Code mit den Lohnabrechnungen für August (Monatsende). Der Betrieb am Standort Großenkneten informierte die Belegschaft Ende September. Ab dem 20.08. nahmen insgesamt 34 Personen über den QR-Code an der Befragung teil. Innerhalb dieser Befragtengruppe wurde Geestland als Arbeitgeberin viermal und Heidemark 13-mal genannt. Das bedeutet, dass die starke Präsenz der zwei großen Fleischunternehmen nicht dadurch erklärbar ist, dass die Teilnehmenden die Information über die Befragung vom Arbeitgeber erhielten.

Frau Müller) lassen sich u. a. über die Angaben zur Tätigkeit (Schlachtung, Zerlegung) der Fleischverarbeitung zuschlagen. Komplettiert wird der Bereich Lebensmittelproduktion durch einen Betrieb für Convenience Produkte, GuG (PK-Holding, Kalvelage Holding) und einen Champignonproduzenten.

Wortwolke 3: „Was genau ist Ihre Tätigkeit?“



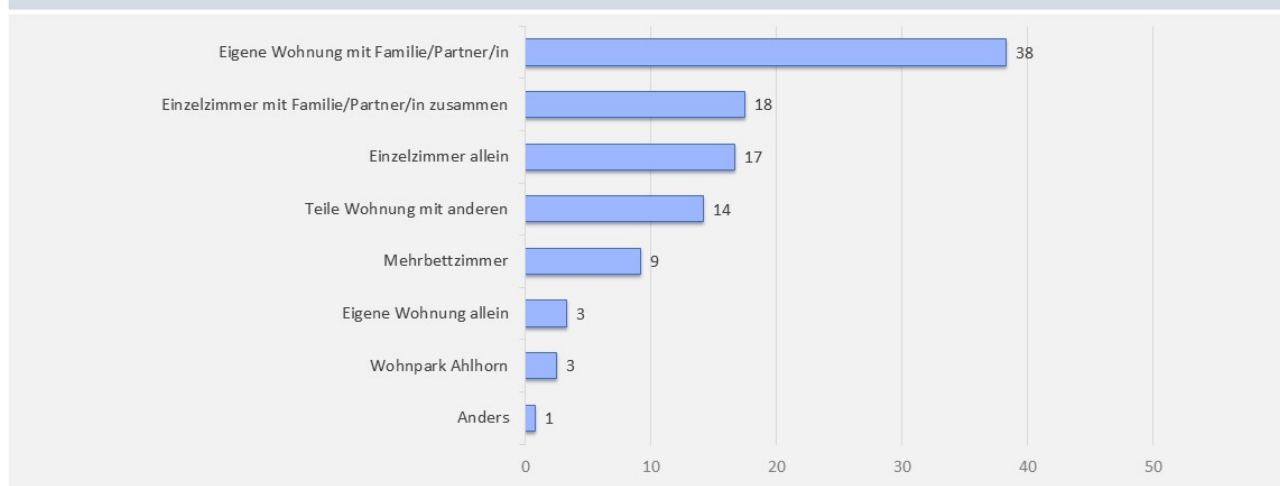
Bei der Frage nach der beruflichen Tätigkeit liegen 71 Antworten vor. Nicht alle Teilnehmenden, die Angaben zum Arbeitgeber machten, beantworteten die Frage nach der Art der Tätigkeit. Andere wiederum machten keine Angabe zum Arbeitgeber, wohl aber zu ihrer Berufsausübung. Festzustellen ist, dass nur 15 Personen, die im Bereich der Lebensmittelverarbeitung beschäftigt sind, unmittelbar als Zerleger oder Schlachter tätig sind; häufig werden Aufgaben in Lager, Verpackung und Logistik aufgeführt (18 Nennungen). Andere Antworten beziehen sich auf die Bedienung oder das Führen von Maschinen (9 Nennungen) und weitere 15 Angaben beschreiben lediglich die Zuordnung zu einer nicht qualifizierten Arbeit (Hilfsarbeiter, Arbeiter, Fließband, Allrounder, universal). Andere Tätigkeiten sind Industriereinigung (drei Nennungen), Beschäftigungen im Gesundheitswesen, als Küchenhilfe, Verkäufer oder Reinigungskraft bzw. in der Textilreinigung. Zwei Antworten bleiben kryptisch („Nojar Sam“, „QS“), eine Person gibt an, keiner Tätigkeit nachzugehen („Nix tun“). In der Gesamtheit werden Anlernertätigkeiten beschrieben, die keine berufliche Qualifikation voraussetzen. Lediglich drei Personen

im Bereich der Lebensmittelproduktion heben sich dadurch ab, dass sie eine Funktion oberhalb des Helferniveaus benennen (Vorarbeiter, Schichtleiter).

Nahezu 90 Prozent der Antworten beschreiben Tätigkeiten auf Helferniveau, d. h. die Befragten sind in gering qualifizierten Beschäftigungen im Niedriglohnsektor tätig und verfügen über dementsprechend eng begrenzte sozio-ökonomische Ressourcen. Bei Tätigkeiten im unteren Lohnsegment in der Lebensmittelproduktion, Reinigung und Logistik handelt es sich i. d. R. um physisch herausfordernde und mit Zeitstress verbundene Aufgaben.

3.5 Wohnung

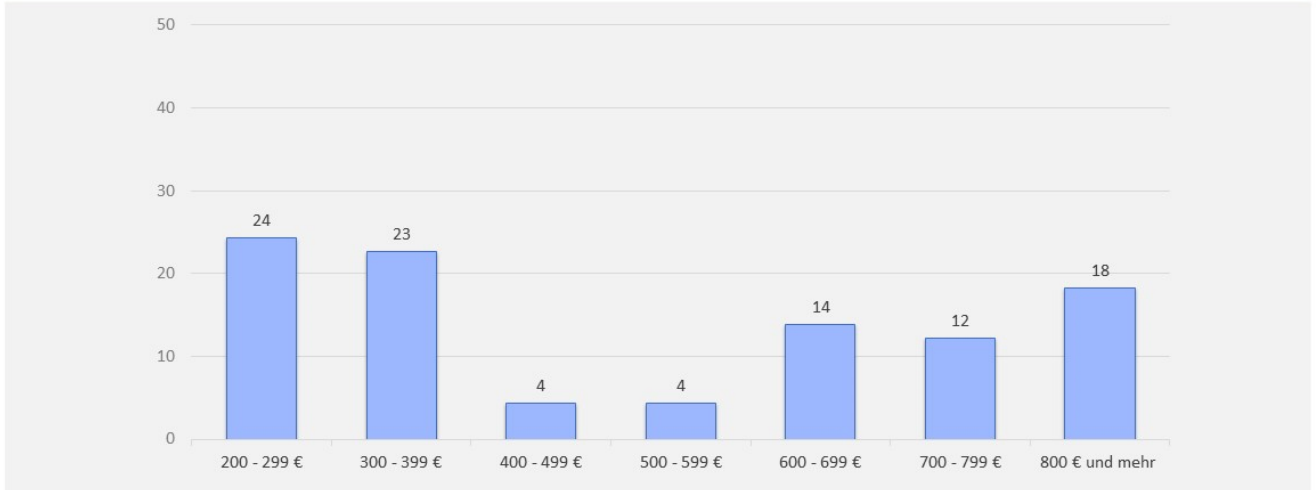
11. Wie wohnen Sie?



Frage 23: Wie wohnen Sie? Wie sind Sie untergebracht?
 Basis: alle Befragten mit Angaben (n=120) | Absteigend sortiert | Mehrfachnennungen möglich.
 Alle Angaben in %

Die Mehrheit der Befragten bewohnt eine eigene Wohnung mit Familienmitgliedern. Familien bzw. (Ehe-)Partner leben aber auch zusammen in einem Einzelzimmer oder die Zugewanderten teilen sich Wohnungen bzw. Zimmer mit anderen. Aussagen über die Qualität der Unterbringung lassen sich über die Wohnformen nicht ableiten, wohl aber über die Bereitschaft bei Teilen der Befragten, eine einfache Unterbringung mit eingeschränkter Privatsphäre zu akzeptieren. Hierbei kann zum einen der Wunsch, den Mietzins niedrig zu halten oder für die erste Zeit eine Unterkunft zu haben, um sich später weiter zu orientieren, handlungsleitend sein. Zum anderen dürfte die Anmietung von Wohnungen für die Zuwanderungsgruppe aufgrund der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt im Landkreis sowie aufgrund des verfügbaren Erwerbseinkommens (Niedriglohnsektor) mit großen Hindernissen verbunden sein, zugewanderte Menschen sind zudem häufiger von Diskriminierung bei der Wohnraumsuche betroffen.

12. Monatliche Miete



Frage 28: Wie hoch ist Ihre monatliche Miete mit Nebenkosten?
 Basis: alle Befragten mit Angaben (n=115)
 Alle Angaben in %

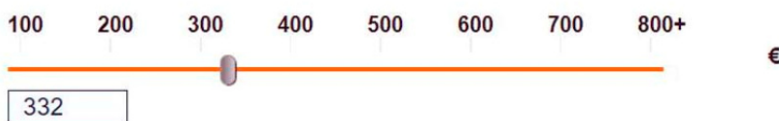
Das minimale Preissegment (bis 399 EUR) ist stark vertreten. Die Korrelation mit der Wohnform ergibt, dass es sich hierbei überwiegend um Einzel- und Mehrbettzimmer handelt.²⁹ Bei Mehrbettzimmern umfassen die Angaben zur Miethöhe eine Spanne von 249 bis 378 EUR. Bei Einzelzimmern werden Kosten von 200 EUR bis zu 800 EUR beziffert. Die Befragten, die sich eine Wohnung mit anderen teilen, wohnen teilweise günstig (203 bis 404 EUR), andere zahlen 800 EUR und mehr. Familien mit eigenen Wohnungen sind mit den Wohnungskosten am höchsten belastet, da sie häufig 800 EUR und mehr bezahlen.³⁰ Zur Qualität der Unterbringung können allerdings keine Aussagen gemacht werden. Aus den Beratungsstellen wurde uns berichtet, dass einige Befragte über den Endpunkt der Skala bei „800 EUR+“ befremdet waren, da ihr Mietzins diesen Betrag deutlich überstieg.³¹ Diese Konstellation wurde bei der Konzeption der Befragung leider nicht entsprechend antizipiert. Die Unterbringung im Wohnpark Ahlhorn wurde nur von drei Teilnehmenden genutzt.

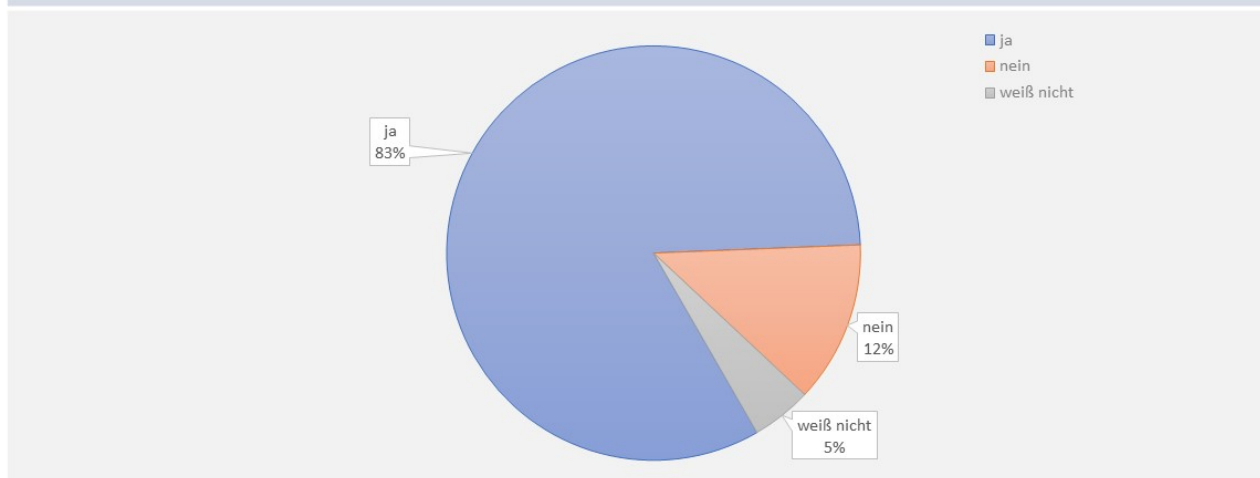
²⁹ Nicht jede Wohnform hatte eine Angabe zu den Mietkosten.

³⁰ Zu den Zahlen vgl. die Aufstellung „Wohnform und Miethöhe“ im Anhang.

³¹ Bei der Frage nach der Höhe der monatlichen Miete konnte ein Slider auf die entsprechende numerische Position bewegt werden. Die Scala endete bei 800 EUR+.

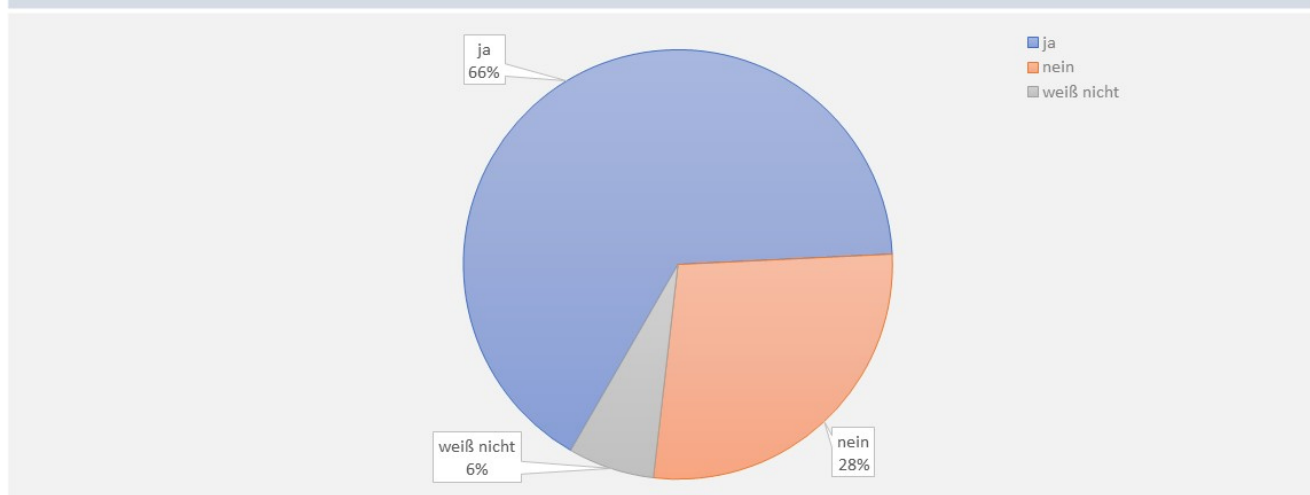
Wie hoch ist Ihre monatliche Miete mit Nebenkosten?



13. Sind Sie zufrieden mit Ihrer Unterbringung?

Frage 24: Sind Sie mit Ihrer Unterbringung zufrieden?
Basis: alle Befragten mit Angaben (n=127)
Alle Angaben in %

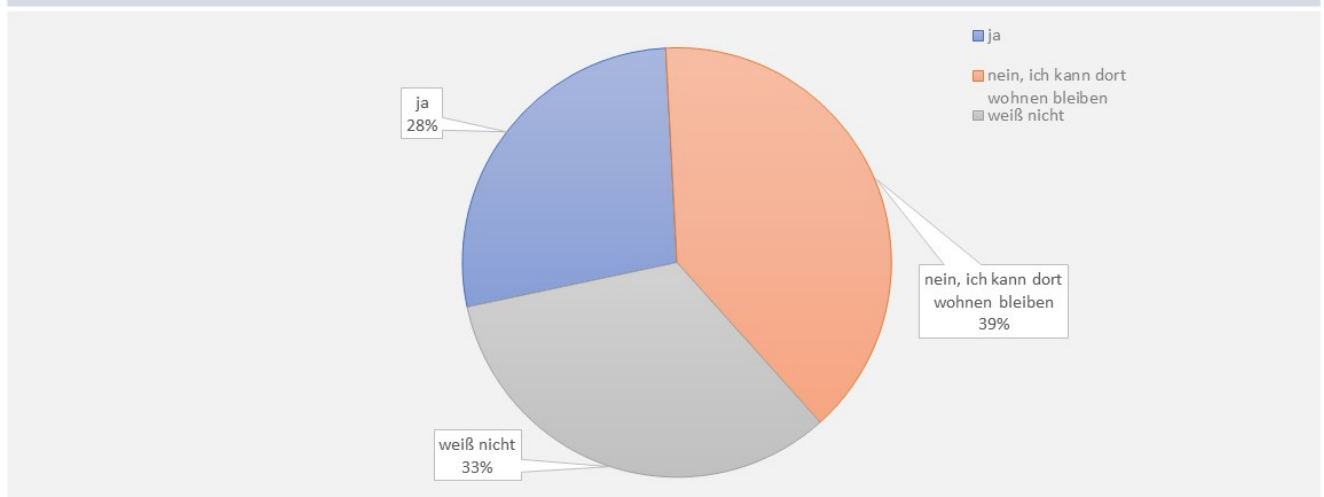
Überraschend ist der hohe Grad der Zufriedenheit mit der Form der Unterbringung. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass uns aus Beratungseinrichtungen oder im Rahmen der Wohnraumkontrolle immer wieder Berichte über hohe Mietzahlungen, Mietbetrug und nicht angemessene oder unzulässige Unterbringungsformen erreichen, ist dieses Ergebnis unerwartet. Mögliche Erklärungen können nur spekulativen Charakter haben, z. B. einige „schwarze Schafe“ unter Vermietern im Landkreis bei ansonsten fairen Mietverhältnissen oder aber ein niedriges Anspruchsniveau und eine bescheidene Erwartungshaltung auf Seiten der Zugewanderten.

14. Haben Sie einen Mietvertrag?

Frage 25: Haben Sie einen Mietvertrag?
Basis: alle Befragten mit Angaben (n=123)
Alle Angaben in %

Auffällig ist, dass 42 von 123 Befragten keinen Mietvertrag haben oder darüber keine Kenntnis besitzen. Ohne Mietvertrag und ohne ein Wissen über die gesetzlichen Regelungen zum Mietrecht in Deutschland sind zugewanderte Menschen willkürlichen Handlungen von Seiten des Vermieters relativ schutzlos ausgeliefert. Mündliche Vereinbarungen sind schwer nachzuweisen. Hinzu kommen zugewanderungsspezifische Hürden: „Wer seine Rechte nicht kennt, kann Rechtsverletzungen nicht erkennen und benennen“ (SVR-Studie 2023, S. 86). Zugewanderte Menschen verfügen in der Regel nicht über ein soziales Netzwerk mit dem für Einheimische vertrauten Erfahrungswissen, das fest in den Wissensstrukturen inländischer Regelungen verankert ist, sowie die Kenntnis von landestypischen Unterstützungsmöglichkeiten. Geringe ökonomische Ressourcen beschränken den Handlungsspielraum weiter. Die Alternativlosigkeit durch das Fehlen von bezahlbarem Wohnraum erhöht den Druck für die Mieterin, auch nachteilige oder rechtswidrige Bedingungen zu akzeptieren.

15. Ist Ihre Unterkunft an den Arbeitsvertrag gekoppelt?



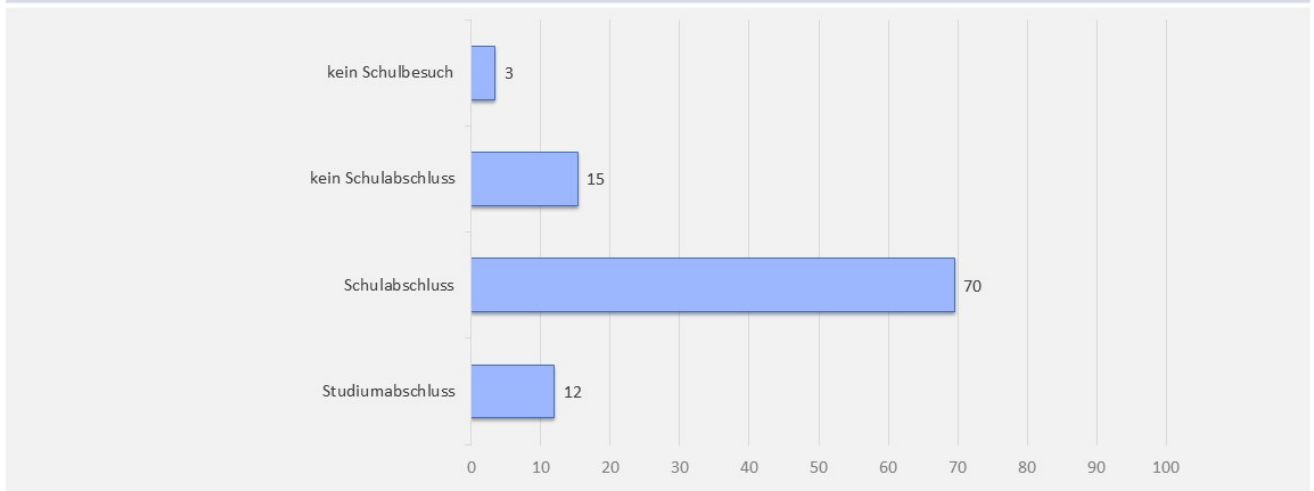
Frage 19: Müssen Sie Ihre Unterkunft verlassen, wenn Sie Ihre Arbeit verlieren würden?
 Basis: Befragte mit Arbeitsverhältnis (in Aussicht); mit Angaben (n=102)
 Alle Angaben in %

Ein erheblicher Teil der Wohnverhältnisse steht in direkter Abhängigkeit zum Beschäftigungsverhältnis. Das bedeutet, dass eine Kündigung des Arbeitsvertrags auch eine drohende Obdachlosigkeit beinhaltet. Auffällig ist auch hier, dass eine große Gruppe keine Kenntnis des Risikos hat - sie wissen schlichtweg nicht, ob sie bei einer Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses ebenfalls wohnungslos werden. Im Falle einer Kündigung kann sich deshalb unter Umständen ein extremer Handlungsdruck entwickeln.

Die Ergebnisse verweisen auf eine hohe Verwundbarkeit. Die Vulnerabilität bezieht sich sowohl auf das Arbeitsverhältnis als auch auf die Wohnsituation.

3.6 Bildung, Sprache, Kontaktwunsch

16. Wie ist Ihr Bildungsstand?



Frage 29a: Welchen Schul- oder Berufsabschluss haben Sie in Ihrer Heimat erworben?
 Basis: alle Befragten mit Angaben (n=118)
 Alle Angaben in %

Die Ergebnisse der Frage nach dem Bildungsstand fügen sich in die Aussagen überregionaler Erhebungen zum Bildungsstand ein, nach denen Personen aus Osteuropa über eine fundierte Grundbildung verfügen.³² Der größte Teil der Befragten hat einen Schulabschluss (82%), davon haben 12 Prozent einen tertiären Bildungsweg eingeschlagen (Studium). Mit einer Tätigkeit im Helferbereich bleiben diese Personen unter ihren Möglichkeiten. Eine qualifikationsadäquate Integration in den Arbeitsmarkt würde die Chance bieten, Fachkräftepotenziale von Zugewanderten für die Wirtschaft zu nutzen.

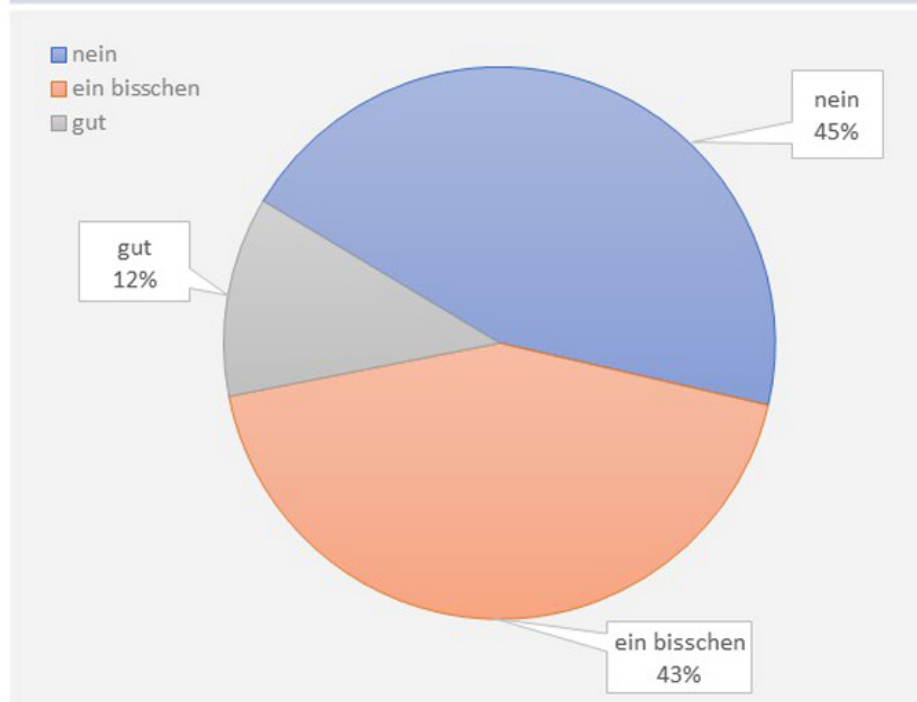
Die Personen ohne Schulbesuch konnten durch die Befragung nur erfasst werden, weil eine Teilnahme mittels Audio und Antwortmarkierungen möglich war und ein Beherrschen der Kulturtechniken Lesen und Schreiben nicht voraussetzte.³³

³² „Bei einer Betrachtung der Bildungsabschlüsse nach den Herkunftsgruppen fallen die durchschnittlich höheren Bildungsabschlüsse bei Personen aus Osteuropa auf. (...) Unter den Geflüchteten, die nach 2013 nach Deutschland eingereist waren, gab jede/jeder Dritte als höchsten Bildungsabschluss den Grundschulabschluss an ...“ (bpb 2021).

„40 Prozent der erwachsenen Flüchtlinge, die zwischen 2013 und Januar 2016 nach Deutschland eingereist sind, haben eine weiterführende Schule besucht, 35 Prozent haben einen entsprechenden Schulabschluss erworben. Rund 11 Prozent der Geflüchteten, Männer wie Frauen, verfügen lediglich über Bildung auf Grundschulniveau und weitere 11 Prozent gaben an, in ihrem Heimatland keine Schule besucht zu haben.“ Zahlen aus 2017, vgl. DStGB 2017.

³³ Erschwerter Zugang zu Bildung betrifft insbesondere die Minderheit der Roma. „Laut dem Roma Integration Strategies Report 2019 verlassen 68 Prozent der Roma die Schule vorzeitig. Nur 21 Prozent der Frauen und 25 Prozent der Männer im Alter von 16 bis 24 Jahren haben einen Sekundarschul- oder noch höheren Bildungsabschluss.“ (vgl. Fox 2021).

17. Wie gut sprechen Sie Deutsch?

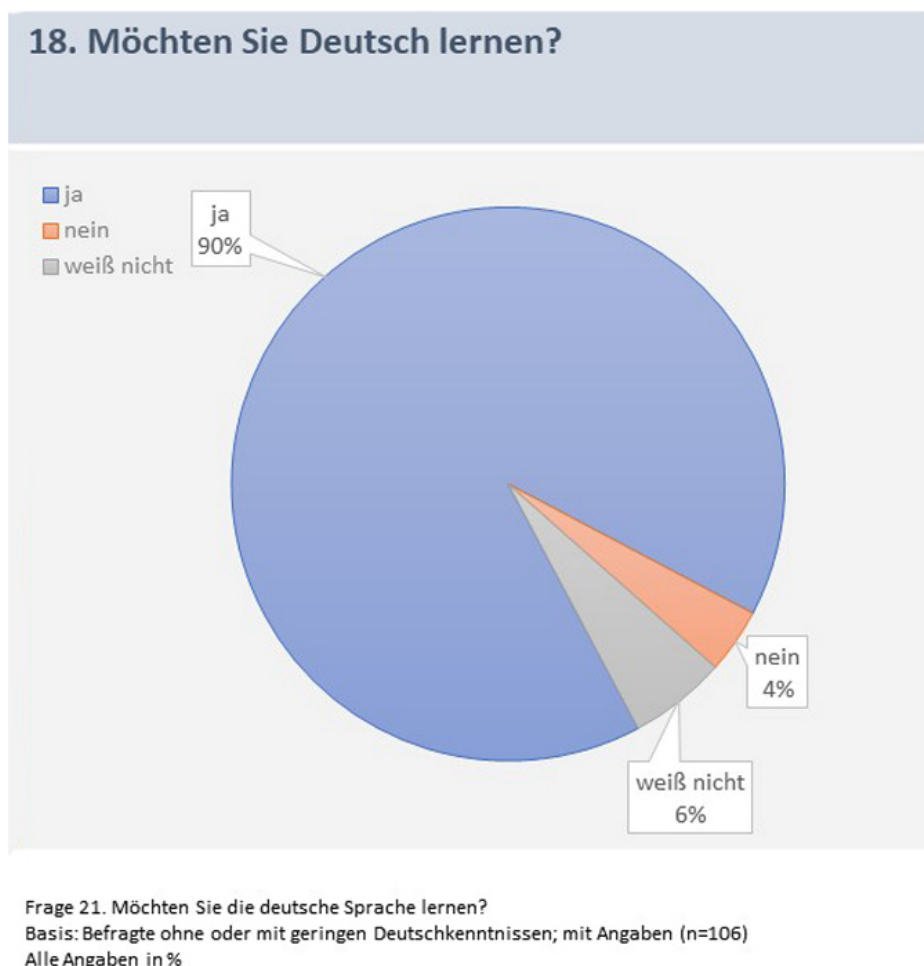


Frage 20: Sprechen Sie Deutsch?
 Basis: alle Befragten mit Angaben (n=120)
 Alle Angaben in %

Von den Befragten geben 14 Personen an, dass sie sich gut im Einwanderungsland verständigen können. Bei 106 Befragten liegen Sprachbarrieren vor, wobei sich davon mehr als die Hälfte überhaupt nicht in der Sprache des Einwanderungslandes verständlich machen kann. Da ein Teil der Befragungen mit dem Meldevorgang in der Kommune verbunden war, ist zu vermuten, dass dort die Beteiligung von neu Zuziehenden höher lag als bei den anderen Befragungssettings und dementsprechend wenig deutschsprachliche Kompetenzen erwartbar sind. Dieser Bias wird jedoch dadurch relativiert, dass neben Erstanmeldungen ebenfalls Wohnsitzummeldungen möglich waren und fast die Hälfte der Befragten zuvor angegeben hatte, bereits einmal in Deutschland gewohnt zu haben, vgl. Chart 5a. Vor diesem Hintergrund bildet die Grafik ein ernstzunehmendes Problem bei der deutschsprachlichen Verständigung der Befragten ab. Dies ist umso erstaunlicher, als die Mehrzahl der Teilnehmenden in einem Beschäftigungsverhältnis steht. Denn Kenntnisse der Landessprache gelten als unabdingbare Voraussetzung für eine Beteiligung am Erwerbsleben³⁴ (sieht man von bestimmten hochqualifizierten Berufen in der IT oder im universitären Bereich ab).

³⁴ „Das Erlernen der deutschen Sprache ist für die meisten Zugewanderten in Deutschland der erste Schritt und die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration in Gesellschaft und Arbeit.“ (BMAS 2020) oder „Die Arbeitsmarktintegration von Eingewanderten, ihre Teilhabe an Bildung und die Möglichkeit zur Interaktion

Es ist für die Zuwanderungsgruppe also möglich, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, ohne sich auf Deutsch verständigen zu müssen. Das ist nur in ganz bestimmten Konstellationen gegeben (z. B. repetitive Tätigkeiten mit niedrigem Kommunikationsanteil). Als Schlussfolgerung ergibt sich, dass unter diesen Bedingungen die Funktion von Erwerbsarbeit als Integrationsmotor und Teilhabeinstrument erodiert: Da die deutsche Sprache im Betrieb nicht praktiziert werden muss, werden die entsprechenden Fähigkeiten nicht erworben, eingeübt oder erweitert - die Kenntnisse der Landessprache stagnieren auf niedrigem Niveau. Eine berufliche Aufwärtsmobilität hin zu besser entlohnten, körperlich weniger anspruchsvollen Tätigkeiten ist damit weitgehend ausgeschlossen, da Deutschkenntnisse entscheidende Ein- und Aufstiegsvoraussetzungen bilden. Ein drohender Verlust des Arbeitsplatzes³⁵ gefährdet die Existenz, da alternative Erwerbsmöglichkeiten fehlen. Dieser Mechanismus verstetigt berufliche Prekarität.



mit dem Rest der Gesellschaft sind in hohem Maße von einem erfolgreichen Spracherwerb abhängig.“ (Pfeffer-Hoffmann 2021).

³⁵ Das Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren, liegt bei Tätigkeiten auf Helferniveau höher, da die Beschäftigten leichter zu ersetzen sind (vgl. Pfeffer-Hoffmann 2021, S. 79).

Die Motivation, Deutsch zu lernen ist beeindruckend hoch und umfasst auch Befragte, die planen, nach einiger Zeit in ihr Herkunftsland zurückzukehren, d.h. ein rudimentärer deutschsprachlicher Kenntnisstand wird von der Mehrzahl der Teilnehmenden durchaus als veränderungsbedürftig wahrgenommen. Sprachkenntnisse gelten als Haupttriebfeder für erfolgreiche Integration in die Einwanderungsgesellschaft („Schlüssel für Integration“) und der Wunsch, die Landessprache zu erlernen, wird als Gradmesser der sozialen Integrationswilligkeit von zugewanderten Menschen angesehen.

Erklärungsbedürftig ist die Diskrepanz zwischen der hohen Lernbereitschaft auf der einen Seite und den geringen deutschsprachlichen Kenntnissen auf der anderen Seite.

Für EU-Bürger existieren eine Reihe von Zugangsbeschränkungen zu Deutschlernangeboten. Unionsbürgerinnen besitzen keinen gesetzlichen Anspruch auf die Teilnahme am Integrationskurs. Sie können zum Kurs zugelassen werden, sofern es freie Kursplätze gibt. Der Besuch eines Integrationskurses ist für Arbeitsmigranten i. d. R. kostenpflichtig³⁶, von Landessprachkursen sind sie ausgeschlossen. Bei einer Erwerbstätigkeit konfliktieren starre Sprachkursstrukturen mit regulären Arbeitszeiten. Bei Wechselschichten ist eine durchgängige Sprachkursteilnahme unmöglich. Die Kombination von Vollzeitbeschäftigung und niedrigem Einkommen aus gering qualifizierter Tätigkeit beschreibt das elementare Dilemma des Deutschspracherwerbs von Arbeitsmigranten. Vor diesem Hintergrund wurden im Landkreis Oldenburg in den vergangenen Jahren wiederholt spezielle Sprachlernangebote für Arbeitsmigranten installiert, z. B. von den Arbeitgebern nach der Arbeitszeit, zwischen den Schichtwechseln oder in einer Gemeinschaftsunterkunft (teilweise in Kooperation mit Weiterbildungsträgern). Nach hoher Anfangsmotivation bröckelten die Zahlen der Teilnehmenden im Laufe der Zeit ab und die Kurse wurden eingestellt.

Exkurs 2: Deutsch im Alltag - Sprachkurs für Schichtarbeiter

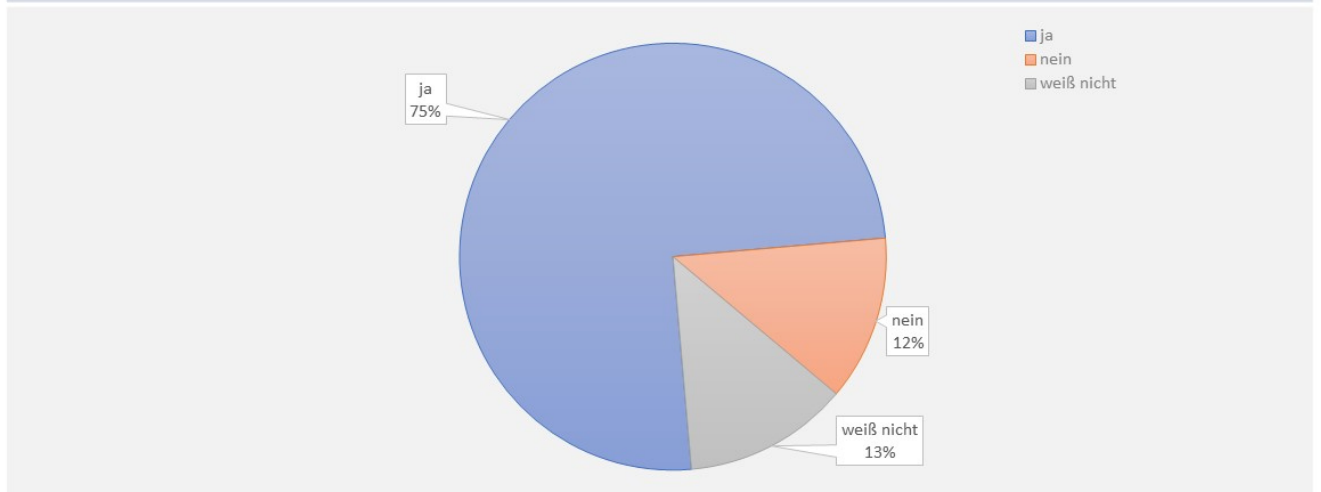
Der Kurs „Deutsch im Alltag“ wurde für EU-Migranten in Schichtarbeit konzipiert. Er wird in Kooperation mit der Stadt Wildeshausen, der Volkshochschule und dem Landkreis durchgeführt. Der Kurs findet wöchentlich einmal vormittags und – mit den gleichen Lerninhalten – einmal am Nachmittag statt, sodass Arbeitende in Wechselschicht keinen Termin verpassen müssen. Die Teilnehmenden sind bis auf eine Ausnahme alle in Vollzeit berufstätig, die meisten in der Fleischindustrie vor Ort (Stand: September 2021). „Deutsch im Alltag“ fand lange Zeit im Treffpunkt Mittendrin statt, einer Wohnung mitten in einem Quartier, in dem viele zugewanderte Menschen leben. Der Treffpunkt ist sehr ansprechend gestaltet, in der Küche wird Kaffee zubereitet, es ist Raum für soziale Kontakte: Die Gruppe kommt gerne zum Sprachprojekt, man kennt sich und tauscht sich aus. Die angenehme, gesellige Atmosphäre, die Erlebnisqualität und die Fußläufigkeit im Quartier scheinen wesentliche

³⁶ Der Kostenbeitrag beträgt pro Unterrichtsstunde 2,29 Euro. Ein Integrationskurs umfasst 700 Stunden, dies entspricht einem Kostenbeitrag von 1.603 Euro. Ein Spezialkurs mit mehr Unterrichtsstunden ist entsprechend kostenintensiver, bei Wiederholerstunden (wenn das Kursziel nicht erreicht wurde) sind das 1000 Unterrichtsstunden mit Kosten in Höhe von 2.290 Euro. Kostenbefreiungen sind z. B. beim Bezug von Arbeitslosen- oder Bürgergeld auf Antrag möglich oder die Erstattung der Hälfte der Kursgebühren unter bestimmten Voraussetzungen (vgl. BAMF o. J.).

Gelingensbedingungen von Sprachangeboten für diese Zielgruppe zu sein. Der Kurs läuft bereits seit über vier Jahren erfolgreich, es gibt eine Warteliste. Anfang 2023 wurden die Treffpunkte bedauerlicherweise geschlossen, der Kurs findet jetzt im Mehrgenerationenhaus statt, das ebenfalls eine soziale Anlaufstelle darstellt. Nachteil an diesem Projekt ist dessen Reichweite; die Lerngruppe muss klein gehalten werden (max. 12 Personen) und die Unterrichtsinhalte sind keinesfalls mit dem Curriculum eines Integrationskurses vergleichbar.

Die spezifischen Bedingungen der Erwerbstätigkeit von Arbeitsmigranten im Landkreis Oldenburg sind dem Erwerb der deutschen Sprache nicht förderlich. Im Arbeitsumfeld ist die Ausdrucksfähigkeit in der deutschen Sprache nicht notwendig, von institutionalisierten Sprachlernkursen sind die Zugewanderten weitgehend ausgeschlossen. Klassische Lernangebote („Schulbank drücken“) im Anschluss an den Arbeitstag oder sonntags entsprechen nicht der Lebensrealität der Zugewanderten, die einer körperlich anstrengenden Tätigkeit mit langen Arbeitszeiten im Niedriglohnsektor nachgehen. Der Spracherwerb ist für diese Gruppe mit strukturellen Hürden verbunden - die Lernmotivation reibt sich an diesem Dilemma sozusagen wund.³⁷ Die sprachlichen Barrieren wiederum verengen die Teilhabemöglichkeiten am Arbeitsmarkt und die Integrationschancen im gesellschaftlichen und sozialen Bereich. So bilden sich Reproduktionsschleifen von Exklusion.

19. Wünschen Sie Kontakt zu Einheimischen?



Frage 33: Wünschen Sie Kontakt zu Einheimischen?
 Basis: alle Befragten mit Angaben (n=120)
 Alle Angaben in %

³⁷ Auf der Ebene des Individuums konstituieren sich Lebenswege, i. e. Integrationsverläufe, natürlich immer im Zusammenspiel von persönlichen Ressourcen / Haltungen und strukturellen Rahmenbedingungen. Besondere Konstellationen und glückliche Fügungen (deutsche engagierte Nachbarin, Ehepartner kann Familie vollständig versorgen, Besuch eines deutschsprachlichen Gymnasiums im Herkunftsland) können entscheidend zu einem erfolgreichen Deutschspracherwerb hinführen (vgl. Brück, Frankenfeld 2021b). Ebenso finden sich zweifelslos Ausnahmepersönlichkeiten mit hoher Anstrengungsbereitschaft unter den Zugewanderten. Ein Beispiel dafür ist eine junge Sprachmittlerin aus dem Pool des Landkreises, die parallel zu ihren Spätschichten in einem fleischverarbeitenden Betrieb ein Jahr lang am Vormittag einen Sprachkurs besuchte. Anders herum betrachtet heißt das aber auch, dass ein erfolgreicher Deutschspracherwerb ohne diese besonderen persönlichen Voraussetzungen kaum zu realisieren ist.

Die Befragten sind in der Mehrheit der Einwanderungsgesellschaft gegenüber aufgeschlossen und wünschen Beziehungen zu Personen des Aufnahmelandes. Der Kontaktwunsch, die Neugier sowie Bereitschaft, sich auf Ungewohntes einzulassen, sind entscheidende Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wanderungsbewegung. Ohne eine offene Einstellung bleibt die Person abgeschnitten von landestypischen Informationen und Netzwerken, kann sich keine Ressourcen erschließen und bleibt sozial isoliert. Selbst bei geplanten, zeitlich limitierten grenzüberschreitenden Wanderungen mit einer klar definierten Absicht, z. B. Saisonarbeit, Einkommenserwerb, ist eine minimale Anbindung an das Zielland erforderlich. Für 91 Prozent der Befragten bildet die Bleibeabsicht eine Option, s. o. Insofern ist das Befragungsergebnis kongruent.

Die gesellschaftliche Stimmungslage stellt sich anders dar. In kreisangehörigen Kommunen mit einem hohen Anteil von Zuwanderung aus Südosteuropa werden EU-2-Zugewanderte dann wahrgenommen, wenn es zu Problemen kommt, z. B. in Schulen und Kindertagesstätten. Einrichtungen und Netzwerkpartnerinnen berichten, dass Arbeitsmigranten unangenehm auffallen, Regeln ignorieren und sich nicht integrieren. Ähnliche Äußerungen kommen von Arztpraxen oder Kolleginnen aus den Verwaltungen. Es bestehen Ängste vor zunehmender Kriminalität, Drogenhandel sowie Sozialrechtsmissbrauch, und in den Kommunen wird das Entstehen einer Parallelgesellschaft beklagt. Die Politik fordert Maßnahmen, welche die soziale Eingliederung von osteuropäischen Arbeitsmigranten unterstützen, vereinzelt wird eine Beschränkung der Zuwanderung gefordert. Das Ansinnen von Unternehmen, Genehmigungen für Unterkünfte für ihre osteuropäischen Beschäftigten zu erhalten, stößt lokalpolitisch auf großen Widerstand, da Auswirkungen für den sozialen Frieden befürchtet werden. Zwanglose Begegnungen zwischen den Bürgerinnen der Kommunen und der Zuwanderungsgruppe außerhalb institutioneller Kontexte und außerhalb von Problemhorizonten, ein Kennenlernen untereinander, gehören nicht zum Alltag. Eine rumänische Arbeiterin bei Tönnies, Rheda-Wiedenbrück, formuliert das folgendermaßen: „Über die Deutschen kann ich nichts Schlechtes sagen. Aber ich kenne sie eigentlich gar nicht. Ich kenne sie nur durch einige Schriftsteller.“ (Höfer 2023). Einrichtungen mit intensiven Kontakten zu den Menschen selbst sind im Landkreis Oldenburg die Migrationsberatungsstellen. Beratungen sind dort auch muttersprachlich möglich.

Physisch und psychisch anstrengende Arbeit im Niedriglohnsektor ohne Lernmöglichkeiten und die dadurch begrenzten sozio-ökonomischen und zeitlichen Ressourcen, segregierende Wohnformen in Gemeinschaftsunterkünften, in von Zugewanderten geteilten Wohnungen und migrantisch geprägten Ortsteilen sowie der fehlende Zugang zu Deutschlernangeboten sind Faktoren, die Sprachbarrieren perpetuieren und die Fokussierung auf die Community der eigenen Landsleute verstetigen. Der individuelle Wunsch nach Kontakt von Seiten der Zugewanderten ist bei diesen Parametern in seinen Entfaltungsmöglichkeiten beschränkt.

3.7 Erwartungen und Bedarfe

Wortwolke 4: „Was erwarten Sie von Ihrem Leben in Deutschland?“



Die meisten Antworten kreisen um die Grundlagen der Lebensführung und elementare Bedürfnisse. Dazu gehören ein gesicherter Einkommenserwerb und gute Arbeitsbedingungen, Perspektiven für das Leben als Familie („lass die ganze Familie hier bei mir sein“) und für die Kinder, aber auch Lebensfreude und Zuversicht („viel Spaß und einen guten Start“). Einige Befragte fokussieren auf Entwicklungsmöglichkeiten nicht nur für die eigenen Nachkommen, sondern auch im Beruf im Hinblick auf eine „Karriere“, ein „besseres Einkommen“, ein „eigenes Unternehmen“ oder darauf „etwas (zu) erreichen“. Insgesamt haben Werte wie Sicherheit und Stabilität bei der Mehrzahl der Befragten eine wichtige Bedeutung. Es werden keine überzogenen und realitätsfernen, sondern recht bodenständige Erwartungen geäußert, deren zentrale Angelpunkte eine auskömmliche Arbeit, Normalität, Verlässlichkeit und Aufwärtsorientierung bilden.

Eine Besonderheit bei einigen Antworten ist die Thematisierung von Ungleichbehandlung. Was in der Nennung ein „anständiges Leben“ bereits anklingt, wird bei dem Wunsch nach einem „menschenwürdigem Leben“, nach „Respekt“ und „Gleichbehandlung“ oder „die gleichen Rechte wie andere Nationalitäten zu haben“ bereits deutlich ausgesprochen. Eine Befragte äußerte sich folgendermaßen:

„Die Deutschen in Wildeshausen sind nicht nett zu den Bulgaren. Es gibt normale Bulgaren, die nach den Gesetzen des Staates leben. Aber leider werden wir wegen der ‚kriminellen‘ Gemeinschaft von Bulgaren alle benachteiligt. Es gibt viele normale Familien, die die Geringschätzung durch die deutschen Bürger nicht verdienen. Nicht alle sind hier, um Sozialleistungen zu bekommen. Es gibt viele gewissenhafte bulgarische Familien, die gleichberechtigt mit den Deutschen arbeiten, aber bei der Bezahlung sehr benachteiligt sind.

In allen Fabriken im Landkreis Oldenburg arbeiten viele Bulgaren, die sowohl bei der Bezahlung als auch bei der Behandlung benachteiligt werden. Sie haben viel Stress am Arbeitsplatz und es gibt keine gute Arbeitsstimmung. Ich gebe ein Beispiel: Bulgaren bei Geestland arbeiten 10, 11,12 Stunden, aber das Gehalt ist nicht mehr als 1.300 - 1.350 €. Es gibt dort noch Leute, die arbeiten für 9,50 € die Stunde. Ich persönlich habe dort 9 Jahre lang gearbeitet, aber meine Arbeit war nicht der Grund meiner Kündigung, sondern die Einstellung der Chefs (ich meine alle Chefs aller Abteilungen). Dort werden die Leute wirklich wie weiße Sklaven behandelt. Die Behandlung der Arbeitnehmer dort ist unterschiedlich, ebenso die Bezahlung.

ICH DANKE IHNEN; DASS SIE UNS DIE MÖGLICHKEIT GEBEN; UNSERE MEINUNG ZU ÄUSSERN; OHNE DASS DIES IM NACHHINEIN KONSEQUENZEN HAT!“

(Antwort einer Teilnehmerin auf die offene Frage; „Was erwarten Sie von Ihrem Leben in Deutschland“, Übersetzung aus dem Bulgarischen: Landkreis Oldenburg)

Wortwolke 5: „Was brauchen Sie aktuell vorrangig?“



Die aktuell vorrangigen Bedürfnisse der Befragten beziehen sich auf die Sicherung der Existenz durch finanzielle Mittel und die Bereitschaft zur Erwerbsarbeit. Die Beanspruchung durch die ausgeübte Erwerbstätigkeit spiegelt sich in den Wünschen nach Zeit, Urlaub, mehr Freizeit, die Unzufriedenheit mit dem Status Quo in Nennungen wie höheres Gehalt, faires Gehalt, bessere Arbeit, Unterstützung und mehr Verständnis seitens der Behörden wider. Hier zwei Zitate von Befragten zur Erläuterung:

„... einen besser bezahlten Job oder dass die Chefs aufhören, sich über uns lustig zu machen.“

„... stärkere Einbindung der Behörden in Bezug auf die geleisteten Arbeitsstunden und deren Bezahlung, da die Unternehmen offenbar daran gewöhnt sind, hemmungslos zu stehlen.“

„... ein anderer Ort zum Arbeiten“

(Antwort von Teilnehmenden auf die offene Frage; „Was brauchen Sie aktuell vorrangig?“,
Übersetzung: Landkreis Oldenburg)

Weitere zentrale Bedürfnisse sind der Erwerb von deutschsprachlichen Fähigkeiten, die Veränderung der Wohnsituation (eine bessere Wohnung, eine größere Wohnung) ebenso wie Kinderbetreuungsmöglichkeiten, eine verbesserte Mobilität und Unterstützung durch Beratung. Einige Befragte geben an, dass sie nichts benötigen. Die Thematisierung von Gesundheit, die für jeden Menschen ein zentrales Gut darstellt, ist vor dem Hintergrund, die Lebensperspektive in Deutschland über kontinuierliche Erwerbsarbeit - und damit über die eigene physische und psychische Belastbarkeit und Leistungsfähigkeit - langfristig sichern zu müssen, nur folgerichtig und realitätsbezogen.

4 Fazit

Die Befragten der Zuwanderungsgruppe EU-2 stehen überwiegend in Beschäftigung, sie sind häufig jung und leistungsbereit. Mit ihrer Teilnahme am Arbeitsmarkt in Beschäftigungssegmenten, die für Einheimische nicht attraktiv sind, tragen sie nicht unerheblich zur Leistungsstärke des Wirtschaftsstandorts Landkreis Oldenburg bei. Die Wahrnehmung der Arbeitsmigranten als potenzielle Bürgerinnen der Landkreisgesellschaft kontrastiert mit ihrer marginalisierten Position auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, ihren geringen Teilhabechancen und limitierten sozio-ökonomischen Ressourcen.

Im gesellschaftlichen Diskurs über die Integration von Zugewanderten gilt eine deutschsprachliche Kompetenz gemeinhin als Eintrittskarte in den deutschen Arbeitsmarkt. Dies trifft bei den Arbeitsmigranten aus Bulgarien und Rumänien im Landkreis Oldenburg nicht zu. Sie stehen im vollen Erwerbsprozess, ohne Kenntnisse der Landessprache zu benötigen. Möglich ist dies nur, wenn die Erwerbsarbeit - wie in stark arbeitsteilig organisierten Großschlachthöfen³⁸ - in einer spezifischen Weise organisiert ist (z. B. durch zweisprachige Vorarbeiter, repetitive, kleinteilige Arbeitsschritte). Die rasche und unkomplizierte, weil deutschsprachlich voraussetzungslose, Integration in Beschäftigung hat einen hohen Preis, denn sie bedeutet langfristige berufliche Immobilität am unteren Ende der Erwerbshierarchie. Langfristig deshalb, da der Erwerb der deutschen Sprache mit der Organisation der Erwerbsarbeit konfligiert. Die Struktur von Erwerbsarbeit wirkt in dieser spezifischen Gestalt nicht integrationsfördernd, sondern integrationshemmend, sie reproduziert den gesellschaftlichen Ausschluss. Gelingende Arbeitsmarktpartizipation bedeutet nicht automatisch, dass diese Menschen „gut integriert“ (FAZ 2021) sind. D. h. an dieser Stelle zerbricht das Paradigma von Erwerbsarbeit als ein Grundpfeiler von Integration und Teilhabe und muss vor den besonderen Bedingungen der Erwerbsarbeit von Arbeitsmigranten im Niedriglohnssektor ohne soziale Mobilitätsspielräume neu bewertet werden.

Um es ausdrücklich klarzustellen: Es bleibt ein zentrales Ziel kommunaler Integrationsbemühungen, Zugewanderte dabei zu unterstützen, eigenes Einkommen durch Erwerbsarbeit zu erzielen und am Arbeitsleben teilzuhaben im Sinne einer von Sozialleistungen unabhängigen und selbstbestimmten Lebensführung. Die Erkenntnis, dass bestimmte Konstellationen von Erwerbsarbeit gesellschaftlicher Teilhabe entgegenstehen, muss jedoch mitgedacht werden. Kommunale Integrationsarbeit mit EU-2-Zugewanderten bewegt sich vor diesem Hintergrund in einem starken Spannungsfeld.

Die Ergebnisse des Screenings zeigen weiterhin auf, wie relevant eine muttersprachliche Verständigungsmöglichkeit als Schnittpunkt zur Landkreisgesellschaft für diese Zuwanderungsgruppen auch zukünftig sein wird. Hier hat sich der Landkreis Oldenburg mit mehrsprachigen Beratungsangeboten und Sprachmittlung bereits positioniert. Die Ergebnisse weisen auch darauf hin, dass der Frage, wie der Lebensrealität angepasste Sprachlernangebote konzipiert sein müssen, eine hohe Bedeutung zukommt. Neue Formate des Spracherwerbs müssen die Organisation der Erwerbsarbeit in den Betrieben berücksichtigen. Grundsätzlich ist zu überlegen,

³⁸ Zur Entwicklung industrialisierter Fleischproduktion und den veränderten Bedarf an Arbeitskraft, vgl. Mense-Petermann (2018)

welchen Beitrag Unternehmen, die EU-2-Zugewanderte beschäftigen, zur Integration leisten können, der die Arbeitsrealität dieser Zuwanderungsgruppe berücksichtigt.

Literaturverzeichnis

Birke, Peter (2021): Die Fleischindustrie in der Coronakrise, Eine Studie zu Migration, Arbeit und multipler Prekarität, in: Sozial.Geschichte Online 29, S., 41-87, online verfügbar unter: https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00074107/04_Birke_Fleischindustrie.pdf, aufgerufen am 31.07.2023.

BMAS (2020): Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Arbeitsmarktintegration, Gesamtprogramm Sprache, online verfügbar unter: <https://www.bmas.de/DE/Arbeit/Arbeitsfoerderung/foerderung-migranten.html#doc5f0d10d3-db62-4bdb-822a-a8674aaf03d0bodyText2>, aufgerufen am 16.06.2023.

BAMF (o. J.): Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Kostenbeitrag, EU-Bürger, Integrationskurse, online verfügbar unter: <https://www.bamf.de/DE/Themen/Integration/ZugewanderteTeilnehmende/Integrationskurse/TeilnahmeKosten/EU-Buerger/eu-buerger-node.html>, aufgerufen am 20.06.2023.

bpb (2021): Bundeszentrale für politische Bildung: Datenreport 2021, Bildungsabschlüsse, online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/datenreport-2021/sozialstruktur-und-soziale-lagen/330039/bildungsabschluesse/>, aufgerufen am 09.06.2023.

Brück, Brigitte; Frankenfeld, Ute (2021a): Migrationspolitische Daten und Informationen zur Zuwanderung. Aktualisierung einer Bestandsaufnahme für den Landkreis Oldenburg, online verfügbar unter: <https://www.oldenburg-kreis.de/gesundheits-und-soziales/integration/>, aufgerufen am 31.08.2023.

Brück, Brigitte; Frankenfeld, Ute (2021b): Kleingruppengespräch mit Zugewanderten aus Bulgarien und Rumänien am 19.08.2021 im Kreishaus Wildeshausen, Bericht und Schlussfolgerungen, Manuskript.

Cyrus, Norbert; Kovacheva Vesela (2020): Zur Situation von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern aus Bulgarien, Rumänien und Polen in Deutschland, Hamburg, https://www.diakonie-hamburg.de/export/sites/diakonie/.galleries/downloads/Fachbereiche/WD/LV_WD_11_0004_Studie-EU-Buerger_EINZELSEITEN.pdf, aufgerufen am 22.05.2023.

Cyrus, Norbert; Kovacheva, Vesela (2022): Unterstützungsbedarfe von EU-Bürger*innen in Hamburg: Die Sicht der Betroffenen. Dritter Bericht im Rahmen der Studie „Ermittlung der Unterstützungsbedarfe für EU-Bürger*innen in prekären Lebenslagen in Hamburg“. Diskussionspapier. Hamburg, Vorstellung der Studie 2022, online verfügbar unter: <https://www.diakonie-hamburg.de/de/fachthemen/internationale-vernetzung/grenzuebergreifende-soziale-arbeit/studie-ermittlung-der-unterstuetzungsbedarfe-von-eu-buergerinnen-und-buergern-in-hamburg/index.html>, aufgerufen am 28.07.2023.

Destatis (2023): Statistisches Bundesamt, online verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-4/befristet-beschaefigte.html>, aufgerufen am 22.05.2023.

DStGB (2017): Deutscher Städte- und Gemeindebund, Erkenntnisse über den Bildungshintergrund von Flüchtlingen, online verfügbar unter: <https://www.dstgb.de/themen/asyl-und-fluechtlinge/aktuelles/bildungsstudie/#:~:text=Erste%20Ergebnisse%20aus%20der%20Studie%20%E2%80%9EGefl%C3%BChtete%20Familien%E2%80%9C%20des,besucht%2C%2035%20Prozent%20haben%20einen%20entsprechenden%20Schulabschluss%20erworben>, aufgerufen am 09.06.2023.

FAZ (2021): Frankfurter Allgemeine Zeitung online, Rumänen und Bulgaren oft erfolgreich am deutschen Arbeitsmarkt, aktualisiert am 31.12.2021, online verfügbar unter: <https://www.faz.net/https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rumaenen-und-bulgaren-oft-erfolgreich-am-deutschen-arbeitsmarkt-17709318.html>, aufgerufen am 01.08.2023.

Fox, Benjamin (2021): Die EU und ihre Schwierigkeiten beim Thema Bildung für Roma-Kinder, in: Euractiv Mediennetzwerk, online verfügbar unter: <https://www.euractiv.de/section/antidiskriminierung/news/die-eu-und-ihre-schwierigkeiten-beim-thema-bildung-fuer-roma-kinder/>, aufgerufen am 01.08.2023.

Geiges, Lars; Neef, Tobias; Kopp, Julia; Mueller-Stahl, Robert (2017): Lokale Konflikte um Zuwanderung aus Südosteuropa, Bielefeld.

Giordano, Christian (2007): Privates Vertrauen und informelle Netzwerke: Zur Organisationskultur in Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens. Südosteuropa im Blickpunkt, in: Roth, Klaus (Hg): Soziale Netzwerke und soziales Vertrauen in den Transformationsländern, S. 21-49, Wien, Zürich, Berlin.

Höfer, Senta (2023): Nach der Arbeit hängen die Kleider ihre Menschen auf, Rumänische Arbeitende in Fleischbetrieben, Feature Deutschlandfunk, online verfügbar unter: <https://www.hoerspielundfeature.de/nach-der-arbeit-100.html>, aufgerufen am 14.06.2023.

Kovacheva, Vesela (2020): Der Umgang mit EU-Bürger*innen mit Unterstützungsbedarf in Hamburg: lokale Antworten auf transnationale Herausforderungen. Zweiter Bericht im Rahmen der Studie „Ermittlung der Unterstützungsbedarfe für EU-Bürger in prekären Lebenslagen in Hamburg“. Diskussionspapier, Entwurf, online verfügbar unter: https://www.diakonie-hamburg.de/export/sites/diakonie/.galleries/downloads/Fachbereiche/WD/LV_WD_11_0005_Studie-EU-Buerger_K4.pdf, aufgerufen am 28.07.2023.

Kovacheva, Vesela (2021): The Unnoticed Effects of EU Accession. Evidence on Mobility and Integration of Bulgarian Migrants in Germany, Wiesbaden.

Mense-Petermann, Ursula (2018): Eastern European Service Contract Workers in the German Meat Industry- A Case Study in Market Making of a Transnational Labour Market, in: ZIF-Mitteilungen (Zentrum für interdisziplinäre Forschung), Bd. 2018/2. S. 23-31.

Panayotova-Grün, Diliانا (2013): Formen der Selbstorganisation in der Migration am Beispiel von bulgarischen Migrantinnen in Bayern, online verfügbar unter: https://edoc.ub.uni-muenchen.de/18771/1/Panayotova-Gruen_Diliana.pdf, aufgerufen am 31.07.2023.

Pfeffer-Hoffmann, Christian (2021): (Hg), EU-Migration nach Deutschland. Analysen zu Arbeitsmarktteilhabe und gesellschaftlicher Partizipation von EU-Bürger*innen in Deutschland, online verfügbar unter: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2021/12/Minor_EB_EU-Migration-nach-Deutschland_2021.pdf.pdf, aufgerufen am 31.07.2023.

Robert Bosch Stiftung (2022): Arbeit ist nicht alles. Lokale Integration von EU-Migrant:innen vielfältig gestalten. Kurzexpertise, Stuttgart, online verfügbar unter: <https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/arbeit-ist-nicht-alles>, aufgerufen am 01.08.2023.

Schramm, Christian (2023): Wie mit der Komplexität von Migration umgehen?, Präsentation auf der Tagung „Zuwanderung aus Südosteuropa. Eine Erfolgsgeschichte?“ online unter: <https://www.loccum.de/tagungen/2352/>, aufgerufen am 17.10.2023.

Stadt Rheda-Wiedenbrück (2017): Quantitative Untersuchung zur Darstellung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von südosteuropäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Stadt Rheda-Wiedenbrück, Vorstellung im Ausschuss für Soziales, Migration und Sport der Stadt am 30.11.2017, online verfügbar unter: https://ratsinfo.rheda-wiedenbrueck.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZZiFLEdO4a8P9jnnTyijBnPcQiBhZAfF5_Uqk7Je9uXC/Anlage_-_V_319.pdf, aufgerufen am 31.07.2023.

Stadt Rheda-Wiedenbrück (2018): Qualitative Auswertung zur Darstellung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von südosteuropäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Stadt Rheda-Wiedenbrück, Vorstellung im Ausschuss für Soziales, Migration und Sport der Stadt am 05.06.2018, online verfügbar unter: <https://ratsinfo.rheda-wiedenbrueck.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZVxXrvtfld-QRH48HwEUDBs8F-Fkwb5pbCeqbm8eWd-V/Analyse.pdf>, aufgerufen am 31.07.2023.

SVR-Studie (2023): Sachverständigenrat für Integration und Migration, Prekäre Beschäftigung - prekäre Teilhabe, Ausländische Arbeitskräfte im deutschen Niedriglohnsektor, Berlin, online verfügbar unter: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/06/SVR-Studie_Prekaere-Beschaefigung_Prekaere-Teilhabe.pdf, aufgerufen am 31.07.2023.